

Spanien: Hält die Verbindung der SozialistInnen mit den PopulistInnen?

Dave Stockton, Infomail 1078, 25. November 2019

Die Parlamentswahlen vom 10. November, die zweiten in diesem Jahr und die vierten seit 2015, haben wieder einmal ein instabiles Parlament ohne absolute Mehrheit für eine Partei hervorgebracht. Sie markierten auch einen Rechtsruck, so wie bei den Wahlen im April ein Linksruck stattgefunden hatte. Dies ist unvermeidlich, wenn die reformistischen Parteien der Linken ein Ergebnis verplempern und ihre opportunistische Linie, sowohl politisch als auch wirtschaftlich, fortsetzen.

Katalonien und die Forderung der EU nach anhaltender Sparpolitik werden über einem neuen Ministerium wie ein Damoklesschwert hängen. Unterdessen sollte der Aufstieg der extremen Rechten, in Form von Santiago Abascals Vox, die immer noch mächtigen linken Kräfte im spanischen Staat anspornen, aufzustehen und zu erkennen, dass direkte Massenaktionen, der Klassenkampf auf den Straßen und an den

Arbeitsplätzen, der einzige Weg sind, eine Katastrophe zu vermeiden.

Pedro Sánchez'

Sozialistische Partei PSOE ist mit 120 Sitzen immer noch die größte Partei im Kongress und hat beschlossen, eine Koalition mit Pablo Iglesias' Unidas Podemos, UP, zu bilden, obwohl Sánchez dies seit den Wahlen im April vermieden hatte. Jetzt, da die PSOE jedoch 3 Sitze und UP 7 verloren und Vox ihre Sitze mehr als verdoppelt hat, von 24 auf 52, sieht Sánchez keine Alternative.

Aber auch

gemeinsam wissen die beiden Parteien nur 155 Mitglieder des Kongresses hinter sich, und 176 Sitze werden für eine absolute Mehrheit benötigt. Darüber hinaus verfügt die PSOE über einen bedeutenden rechten Flügel, der die Idee einer Verbindung mit Podemos verabscheut und sich ein Bündnis mit Parteien der Rechten oder rechten Mitte wie Ciudadanos (BürgerInnen) gewünscht hätte. Diese Option verflüchtigte sich mit dem Zusammenbruch von Ciudadanos von 57 auf nur 10 Sitze. Ihr Führer und Gründer, Albert Rivera, legte nicht nur seine Parteimitgliedschaft, sondern auch seinen Sitz im Parlament nieder, um ins Privatleben zurückzukehren.

Eine Ehe im Himmel ... oder in der Hölle?

Die

theatralische Umarmung, mit der Sánchez und Iglesias ihren Regierungspakt feierten,

war offensichtlich von Iglesias' Seite her herzlicher. Gegen den Widerstand

sowohl von Sánchez als auch von der antikapitalistischen Linken in Podemos

hatte er sich für einen Vorwahlpakt mit der PSOE eingesetzt.

Jetzt ist klar,

dass er bereit ist, mit der PSOE den ganzen Weg zu gehen.

„Sánchez weiß,

dass er auf unsere absolute Loyalität zählen kann. Es ist an der Zeit, alle Kritikpunkte

hinter sich zu lassen ... und Seite an Seite an der historischen und spannenden

Aufgabe zu arbeiten, die vor uns liegt.“ Seine Ausrede für das Abstreifen der

früheren ätzenden Kritik von Podemos war, dass eine von PSOE und Podemos

geführte Regierung „der beste Impfstoff gegen die extreme Rechte“ sein würde.

Der hohe Preis,

der gezahlt werden müsste, um Vizepremier zu werden, war im September klar.

Damals sagte Iglesias, wenn der Oberste Gerichtshof eine schwere Strafe gegen

die katalanischen UnabhängigkeitsführerInnen verhängen würde:

„Offensichtlich

haben wir bereits gesagt, dass wir, obwohl wir eine Position des Dialogs bezogen, das Gesetz und die Führungsposition der PSOE akzeptieren werden“.

Kein Wunder, dass Sánchez nach ihrer Umarmung sagte: „Danke für die Großzügigkeit.“

Beide Führer läuteten die Bedeutungsveränderungen für das Wort „progressiv“ ein. Sánchez betonte: „Es wird in jedem Fall eine progressive Regierung sein. Eine progressive Regierung, die aus fortschrittlichen Kräften besteht, die sich für den Fortschritt einsetzen werden.“

Iglesias seinerseits schwärmte: „Ich freue mich, heute zusammen mit Pedro Sánchez bekanntzugeben, dass wir eine vorläufige Einigung über die Bildung einer fortschrittlichen Koalitionsregierung erzielt haben, die die Erfahrung der PSOE mit dem Mut von Unidas Podemos verbindet“.

Doch selbst dann wird diese Koalition im 350-sitzigen Kongress, der unteren Kammer der Cortes, des spanischen Zweikammersystems, keine Mehrheit finden.

Sowohl die SozialistInnen als auch Podemos wurden durch die Wahl tatsächlich geschwächt. Die Partei von Iglesias litt unter der Konkurrenz durch ihren Mitbegründer und Hauptideologen Íñigo Errejón. Seine Partei Más País, (Mehr Land), die Podemos-IU bereits bei den Madrider Stadtwahlen im Mai niedergedrückt hatte, gewann im November drei Sitze. Errejón begrüßte auch den Koalitionsvertrag und sagte, seine drei Abgeordneten würden für die Amtseinssetzung von Pedro Sánchez im Kongress stimmen.

Tatsächlich war die Seifenblase der linken PopulistInnen, die Idee, dass sie sowohl die PSOE als auch die rechte Partido Popular, PP, die Parteien von la Casta, die Kaste, wie sie das korrupte politische Establishment nannten, hinwegfegen könnten, längst zerplatzt. In den vergangenen sechs Monaten hatte Sánchez Iglesias' Aufruf zur Bildung einer Koalition abgelehnt und gesagt, dass ihm der bloße Gedanke Alpträume bescherte. Alptraum für den einen – ist ein Traum für den anderen wahr geworden? Wir werden es in den kommenden Monaten sehen.

Katalonien, das

größte Hindernis

In ihrer Koalitionsvereinbarung erklären die beiden linken Parteien: „Die spanische Regierung wird der Gewährleistung des sozialen Friedens in Katalonien und der Normalisierung des politischen Lebens Priorität einräumen. Zu diesem Zweck wird sie den Dialog in Katalonien organisieren und nach Formulierungen suchen, die zu einem gemeinsamen Verständnis und zur Versöhnung führen, immer im Rahmen der Verfassung.“

Die gemeinsamen Versprechen von Dialog und Gehorsam gegenüber der Verfassung stehen im Mittelpunkt der widersprüchlichen Lage, der sich die RegierungspartnerInnen gegenübersehen.

Um seine Amtseinführung sicherzustellen und eine Regierung zu bilden, braucht Sánchez die Unterstützung der regionalen nationalistischen Parteien. Die Baskische Nationalpartei hat 6 Sitze und die EH Bildu, Baskenland versammelt, fünf. Selbst mit ihrer Unterstützung reicht dies nicht aus, um eine stabile Regierung zu bilden. Sánchez braucht die KatalanInnen oder zumindest die größten ihrer

Gruppen. Hier stellt reaktionäre Tradition der PSOE, die Partido Popular und die Verfolgung und Unterdrückung der Unabhängigkeitsparteien, die nun 23 Sitze im Kongress einnehmen, durch den Obersten Gerichtshof zu unterstützen, die Partei vor ein Dilemma.

In Katalonien gibt es die beiden wichtigsten nationalistischen Parteien, die Esquerra Republicana, Republikanische Linke von Katalonien-Souveränität, ERC-S, mit 13 Sitzen und Junts pro Katalonien, Gemeinsam für Katalonien, JxCat, mit 8. Die Esquerra möchte eindeutig eine PSOE-U-Podemos-Regierung unterstützen, hat aber unter dem Druck von JxCat die Bedingung gestellt, dass die Koalition eine moderierte Diskussion mit den katalanischen Parteien auf die Tagesordnung setzt. Sánchez hat es oft abgelehnt, dass die Selbstbestimmung auf der Tagesordnung steht. Darüber hinaus führt Esquerra eine Abstimmung ihrer Mitglieder zu diesem Thema durch, und die linke CUP mit zwei Sitzen will eine einheitliche Front, um jegliche Verhandlungen mit Sánchez abzulehnen.

Zur Zeit sind weder die PSOE noch die U-Podemos bereit, den Zorn des Obersten Gerichtshofs oder ihres eigenen rechten Flügel zu riskieren, indem sie den KatalanInnen

etwas Wesentliches anbieten. Selbst wenn sie es täten, würde die reaktionäre Justiz des spanischen Staates schnell eingreifen und dies für verfassungswidrig erklären.

Carles

Puigdemont, ehemaliger Präsident der Katalanischen Generalitat (Gesamtheit der politischen Selbstverwaltungsinstitutionen), bleibt im Exil, weil die Madrider Gerichte versuchen, ihn nach Spanien ausliefern zu lassen. Am 14. Oktober verurteilte der Oberste Gerichtshof von Madrid neun der für das Unabhängigkeitsreferendum verantwortlichen AnführerInnen und von Madrid im Oktober 2017 abgesetzten MinisterInnen zu Gefängnisstrafen von 9 bis 13 Jahren.

Dazu gehören der

Vizepräsident Oriol Junqueras, Außenminister Raül Romeva und Innenminister

Joaquim Forn. Zu ähnlichen Strafsätzen verurteilt wurden auch Carme Forcadell,

Präsidentin des katalanischen Parlaments und die „zwei Jordis“, Jordi Sànchez

von der katalanischen Nationalversammlung und Jordi Cuixart von Òmnium

Cultural, deren Organisationen für die Massendemonstrationen und Streiks um das

Referendum verantwortlich gemacht wurden.

Die Verkündung

dieser Urteile führte zu dreiwöchigen Massenprotesten mit

gewalttätigen

Zusammenstößen zwischen Polizei und jungen DemonstrantInnen,
die in den größten

Städten Kataloniens Barrikaden errichteten. Ein Generalstreik
brachte eine

halbe Million Menschen auf die Straßen von Barcelona. Die
Polizei feuerte

Gummigeschosse ab und setzte Gaskanister und Wasserwerfer ein.

Dutzende wurden

verhaftet und verletzt.

Der derzeitige

Präsident der Generalitat, Quim Torra, verurteilte die Gewalt
der

DemonstrantInnen und forderte deren Einstellung. Pedro Sánchez
weigerte sich

jedoch, mit Torra zu sprechen, und behauptete, dessen
Verurteilung sei nicht

eindeutig genug. Damit setzte die PSOE ihre Linie fort, die
polizeiliche

Repression zu unterstützen und sich zu weigern, mit den
katalanischen AnführerInnen

zu verhandeln, wenn sie nicht auf die Hauptforderungen ihrer
AnhängerInnen

verzichteten.

Der Oberste

Gerichtshof erhöhte den Druck und rief Torra auf, am 18.
November wegen

„Ungehorsams“ vor ihm zu erscheinen, nämlich wegen seiner
Langsamkeit, gelbe

Bänder von öffentlichen Gebäuden zu entfernen, die Symbole der
Solidarität mit

den inhaftierten AnführerInnen der Unabhängigkeitsbewegung
sind. Die

RichterInnen konnten ihn verurteilen, damit er entlassen und vom Amt ausgeschlossen wird.

Auch wenn die bürgerlichen katalanischen NationalistInnen es verabscheuen würden, den Weg zu einer rechten Koalition zu öffnen oder eine große Koalition aus PSOE und PPS zu sehen, könnten sie die Regierung kaum lange unterstützen, da ihre AnführerInnen im Gefängnis schmachten und die von Diktator Franco geschaffene Militärpolizei Guardia Civil regelmäßig auf DemonstrantInnen auf den Straßen von Barcelona, Girona, Lleida (Lérida) und Tarragona losging.

Andererseits ist es sicher, dass der mächtige rechte Flügel der PSOE, wenn Sánchez versucht, sie zu begnadigen, geschweige denn dem Antrag auf ein legales Referendum über die Selbstbestimmung stattzugeben, sich auflehnen würde, um es zu verhindern. Ganz zu schweigen von den Eingriffen des Obersten Gerichtshofs und von König Felipe VI., der in der Verfassung die „unauflösliche Einheit und Beständigkeit“ des spanischen Staates verkörpert. Es gäbe auch die „Kleinigkeit“ der Massenmobilisierungen durch Vox und die extreme Rechte.

Die Vox-Mitglieder sind offene BewunderInnen von Franco und seiner

blutigen

Unterdrückung, beschuldigen muslimische Migranten, hinter einer Welle von

Bandenvergewaltigungen in Südspanien zu stecken, wollen alle sezessionistischen

Parteien ächten, die Autonomieregierung für Katalonien beenden und die

Todesstrafe für Verrat, einschließlich des Strebens nach Unabhängigkeit,

wiederherstellen. Der Aufstieg von Vox ist die spanische Version der

rechtspopulistischen Welle in Polen, Italien, Frankreich, Ungarn, Deutschland

und natürlich in Brexit-Großbritannien.

Kampf gegen die Sparpolitik

Seit der Großen

Rezession 2008 und der Staatsschuldenkrise ist Spanien wie andere

Mittelmeerstaaten der Europäischen Union zu massiven Einschnitten bei den

Sozialausgaben gezwungen und litt unter einer strafenden Arbeitslosigkeit, die

2013 auf einen Höchstwert von 26,95 Prozent stieg und bei der die

Jugendarbeitslosigkeit 50 Prozent erreichte. Eine große Zahl junger

SpanierInnen ist auf der Suche nach Arbeit in andere EU-Länder gegangen. Erst

2017 erreichte das spanische Bruttoinlandsprodukt das Niveau vor 2008, jedoch

scheint sich das Wachstum nun wieder zu verlangsamen.

Die Vereinbarung zwischen der PSOE und U-Podemos verpflichtet eine neue Regierung, an einer „ausgeglichenen Haushaltspolitik“ festzuhalten, bei der neue Sozialprogramme aus höheren Einnahmen bezahlt werden müssen. Das Wahlmanifest von Podemos hatte umfangreiche Regierungshaushalte zugesagt, um ein Jahrzehnt wilder Sparpolitik umzukehren. Da Brüssel eine strenge Finanzpolitik forderte und Spanien nach fünf Jahren der Erholung eine wirtschaftliche Verlangsamung erfuhr, bestand Sánchez darauf, in Gestalt der stellvertretenden Wirtschaftsministerin Nadia Calviño, einer ehemaligen hochrangigen Beamtin der Europäischen Kommission, die Geschicke in „sichere Hände“ zu übergeben, wie es die EU wünschte.

Ein weiteres Dilemma ist die Forderung der beiden größten spanischen Gewerkschaftsverbände, der Comisiones Obreras, CC00, ArbeiterInnenkommissionen, und der Unión General de Trabajadores, UGT, der Allgemeinen ArbeiterInnenunion, nach der Aufhebung der Arbeitsreform 2012 von PP-Premier Mariano Rajoy, die den Weg zu einem weiteren Rückgang der Reallöhne und unsicheren Teilzeit- und Zeitarbeitsverträgen für ArbeiterInnen, insbesondere für Jugendliche, ebnete. Vor allem auf dieser Basis ist die Arbeitslosigkeit auf rund 15 Prozent gesunken.

Es bedarf einer massiven Mobilisierung der ArbeiterInnen, um eine Koalitionsregierung zu zwingen, den Forderungen der ArbeiterInnenschaft nachzukommen.

Für das Recht auf Selbstbestimmung

Das derzeit brennendste demokratische Recht ist das Recht der KatalanInnen auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts auf ein Referendum, das die Möglichkeit beinhaltet, sich vom spanischen Staat zu trennen. Bisher zeigen Meinungsumfragen, dass die Mehrheit der katalanischen BürgerInnen trotz oder wegen der Repressionen aus Madrid dies nicht wünscht. Nur eine freie Abstimmung, bei der beide Seiten ohne Unterdrückung ihre Sache verfechten können, könnte dies entscheiden. Zu diesem Zweck sollten die Guardia Civil und alle „spanischen“ Polizeikräfte zurückgezogen und ein gleichberechtigter Zugang zu den Medien gewährleistet werden.

Es ist ein Skandal, dass die PSOE den Obersten Gerichtshof und das bestehende verfassungsmäßige Verbot der katalanischen Selbstbestimmung unterstützt, und offenbart, wie weit von der Demokratie, geschweige denn vom Sozialismus entfernt

die Partei ist und wie wenig sie das Vertrauen der ArbeiterInnen verdient, dass die Partei sie gegen die sozialen und wirtschaftlichen Angriffe des Großkapitals verteidigen wird. Obwohl Podemos die Definition Spaniens als plurinationalen Staat, die verfassungsmäßige Definition Kataloniens als Nation und das Recht auf ein Unabhängigkeitsreferendum unterstützt, behaupten die PopulistInnen ausweichend, dass dies nur beratend der Fall sein sollte.

Dennoch sollten RevolutionärInnen sich nicht für die Abspaltung der autonomen Region einsetzen, es sei denn, eine Mehrheit hat ihren Willen dazu bekundet. Katalonien, als der am weitesten entwickelte Teil des spanischen Staates, ist keine wirtschaftlich ausgebeutete Kolonie oder Halbkolonie. Die NationalistInnen, die sich darüber beklagen, dass die Steuern der Region den unterentwickelten Teilen des spanischen Staates zugutekommen, zeigen lediglich ihren Appetit, ihre eigene Kapitalakkumulation zu maximieren.

Der Hauptgrund für die Ablehnung der Unabhängigkeit besteht darin, dass sie die Einheit der ArbeiterInnenklasse auf der gesamten Halbinsel und sogar in Katalonien selbst schwächen würde, wo eine Mehrheit in soliden ArbeiterInnenklassengebieten gegen

eine Trennung ist. Nicht zuletzt wird es den Kampf gegen die Überreste des Francoismus und des spanischen Imperialismus schwächen.

Neben der nationalen Frage beinhaltet der Kampf für Demokratie die Notwendigkeit, das gesamte schmutzige Erbe der Franco-Diktatur zu beseitigen, das 1978 von den reformistischen Parteien im Moncloa-Pakt akzeptiert und in die Verfassung eingebettet wurde, einschließlich der Monarchie, des Senats und des Obersten Gerichtshofs. Die Kommunistische Partei Spaniens (PCE) und die PSOE haben dieses Verfassungssystem mitverantwortet, und letztere hat es unter den Ministerpräsidenten Felipe González (1982-1996) und José Luis Zapatero (2004-2011) erhalten.

Dieser gesamte reaktionäre Schrott muss weggefegt werden, aber dazu bedarf es revolutionärer Massenaktionen, nicht nur Wahlen. Es sollten Wahlen zu einer souveränen verfassunggebenden Versammlung abgehalten werden, die auf einem Verhältniswahlssystem ohne Mindestschwelle und mit Stimmen für alle Personen über 16 Jahre basieren. Die Gewerkschaften und ArbeiterInnenparteien sollten solche Wahlen überwachen und Kampagnen führen für eine ArbeiterInnenregierung auf der Grundlage der ArbeiterInnenorganisationen, die ihnen

gegenüber
rechenschaftspflichtig ist.

Nicht zuletzt
mit dem Aufstieg von Vox besteht eindeutig die Notwendigkeit,
andere
demokratische Rechte zu verteidigen und zu erweitern, darunter
das Recht der
Frauen auf Schwangerschaftsabbruch, Gleichstellung von LGBTQ+
und der
Geschlechter auf staatlicher und regionaler Ebene. Es muss
eine
antifaschistische Einheitsfront der ArbeiterInnenklasse,
einschließlich
Verteidigungsgruppen, gebildet werden, um ArbeiterInnen im
Kampf oder MigrantInnen
unter Beschuss zu schützen.

Thüringen nach der Wahl: Was nun Linkspartei?

Tobi Hansen, Neue Internationale 242, November 2019

Thüringen bildete den Abschluss der ostdeutschen
Landtagswahlen. Wenn auch in der Tendenz – Wachstum der AfD,
Bestätigung der
Partei des Ministerpräsidenten als stärkster Kraft – ähnlich,
entscheidet sich

das Ergebnis doch in einem wesentlichen Punkt. Während in den Landtagen von Brandenburg und Sachsen die „Parteien der Mitte“ (noch) über eine absolute Mehrheit verfügen, stellen in Thüringen Union, SPD, Grüne und FDP gemeinsam weniger als die Hälfte der Abgeordneten.

Die beiden stimmenstärksten Parteien und Siegerinnen der Wahlen vom 27. Oktober, Linkspartei und AfD, vereinen mehr als die Hälfte der ParlamentarierInnen auf sich. Die bürgerliche „Mitte“ reagiert „geschockt“ und verstört. In der „Mitte“, zwischen den beiden „Extremen“ AfD und Linkspartei, ließe sich keine Regierung bilden.

Der Schock sitzt tief – diesmal vor allem bei der CDU. Dass SPD und Grüne verloren, überrascht nach den Umfragen der letzten Wochen nicht wirklich. Allein die Linkspartei vermochte diesmal die „Arbeit der rot-rot-grünen Landesregierung“ und den Ministerpräsidentenbonus für sich zu verbuchen, so dass sie an Stimmen und Abgeordneten sogar weiter zulegen konnte, während ihre Koalitionspartnerinnen verloren. Sie erzielte 31 % (plus 2,8 %) und damit 29 Sitze im Landtag.

Die FDP schaffte mit 5 % knapp den Einzug in den Landtag, was mit dazu beitrug, dass Rot-Rot-Grün über keine Mehrheit im Landtag verfügt. Die Liberalen feierten diesen „Sieg“, als hätten sie

ein politisches
Wunder vollbracht – ein Zeichen dafür, wie gering mancherorts
die politischen
Erwartungen geworden sind.

Dramatisch sind die Ergebnisse der Parteien der Großen
Koalition. Die CDU verlor 11,7 % und sackte hinter Linkspartei
und AfD mit
21,8 % auf Platz 3 ab. Die SPD fuhr eine weitere Schlappe ein
und erreicht
gerade 8,2 %, ein Minus von 4,2% gegenüber dem letzten
Urnengang.

Die Berliner Regierungsparteien kommen so auf 30 %, das
schlechteste Ergebnis der ehemaligen „Volksparteien“. Auch die
Grünen schafften
nur 5,2 %.

Die AfD beendete die ostdeutschen Landtagswahlen
erwartungsgemäß. Wie in Brandenburg gelang es ihr, vor der CDU
zu landen und
mit 23,4 % sich klar über der 20 %-Marke zu etablieren. Auch
wenn für
Spitzenkandidat Höcke selbst die bürgerlichen Medien keinen
Nazi-Vergleich
scheuten, gab sich dieser nach den Wahlen biedermännisch-brav
und offen für
„bürgerliche“ Koalitionen mit der CDU. Im Wahlkampf vermied er
weder Hinweise
auf Machtergreifung noch NS-Rhetorik, nach der Wahl gibt Höcke
eher den „Wolf
im Schafspelz“.

Katastrophe für die Union

Bis 2014 regierte die CDU in Thüringen meist alleine, manchmal in Koalition. Als Rot-Rot-Grün siegte, beschwor die Union den Wiedereinzug von SED und Staatssicherheit in die Erfurter Staatskanzlei. Der aktuelle CDU-Spitzenmann, Mohring, unterstützt auch die damalige rechten „Fackelmärsche“.

Nach der Wahl und vor allem nach einer relativ störungsfreien Regierung unter Bodo Ramelow in Thüringen, die nicht den Verfassungsschutz abschaffte, sondern diesem neue Stellen zusicherte, ruderte Mohring zurück. Für ihn scheint jetzt auch eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei denkbar, wenn auch nicht für seine Bundespartei. Dass gleichzeitig der CDU-Fraktionsvize Heym eine Koalition mit AfD und FDP ins Spiel bringt, die ebenfalls über eine Mehrheit im Landtag verfügen würde, verdeutlicht die tiefe Krise der Union, die vor allem in den ostdeutschen Ländern von der AfD als führende bürgerliche Kraft massiv herausgefordert wird. Während Mohring ganz den Landespolitiker gibt, nach dem Motto: „Was hat Berlin uns schon gebracht?“, z. B. beim Wahlkampf, beharrt der Bundesvorstand auf den geltenden Beschlüssen, nämlich dass es weder mit der Linkspartei noch mit der AfD

Koalitionen geben dürfe.

Bundesvize Klöckner sieht gleich die CDU in der Bedeutungslosigkeit versinken, sollten diese „Tabus“ gebrochen werden, wie auch Carsten Linnemann die „Beliebigkeit“ verhindern will. Auch hier wird der nahende Untergang befürchtet, zumindest das „Ende als Volkspartei“.

Während die Äußerungen führender VertreterInnen der Linkspartei befürchten lassen, dass diese derzeit wahrscheinlich sogar opportunistisch genug wäre, um mit der Union zu koalieren, zeigt die aufkommende Debatte die unsichere Führungslage in der herrschenden bürgerlichen Partei offen auf. Parteichefin und Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer ist umstritten, ihre mögliche KanzlerInnenkandidatur wird ständig angezweifelt, wie auch die mögliche Urwahl des/r KandidatIn ihre Rolle schwächt. Der gescheiterte Kandidat Merz holte via Springer-Presse vor allem gegen Kanzlerin Merkel aus. Diese führe zu wenig, die Große Koalition ruiniere das Land und er könne sich schwer vorstellen, dass das noch 2 Jahre so weitergehen könne. Sicher kennt er jemanden, der besser KanzlerIn kann, auch wenn ihm inzwischen mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Laschet ein wichtiger Konkurrent erwächst. Dies zeigt, dass der Fortbestand der „Großen Koalition“

eben nicht allein von der Entscheidung der SPD im Dezember abhängt, sondern dass auch in der Union weitere Krisen und Brüche zu erwarten sind.

Dabei wird die Frage einer Koalition mit der AfD nur solange ein Tabu bleiben, wie die Europastrategie des deutschen Kapitals und ihrer wichtigsten Partei, der CDU/CSU, auf die Formierung der EU zu einem imperialistischen Block zielt, der weltmachtfähig ist. Je mehr dieses Ziel jedoch in die Ferne rückt, je mehr die EU und damit Deutschland hinter ihren RivalInnen im Kampf um die Neuaufteilung der Welt zurückfallen, desto mehr werden Teile des deutschen Kapitals auf eine aggressiv-nationalistische Lösung, auf eine Alternative zur EU-Strategie drängen. Dann könnte die Stunde einer Koalition mit der AfD als extrem nationalistischer, rechtspopulistischer Kraft schlagen.

Die AfD hat in Thüringen nicht nur ihre Wahlerfolge konsolidiert. Zweifellos verschoben sich die Kräfteverhältnisse in der Partei auch weiter nach rechts, zugunsten des Flügels um ihren Spitzenkandidaten Höcke und den „Flügel“, das lose Netzwerk extrem nationalistischer, völkischer bis faschistischer Kräfte in der Partei. Am Parteitag in Braunschweig Ende November/Anfang Dezember ist eine weitere Stärkung dieser, von AfD-Fraktions-

und Parteivorsitzendem Gauland politisch gedeckter Kräfte zu erwarten. Die Frage ist zur Zeit nicht, ob der „Flügel“ stärker wird, sondern nur wie viel und in welcher Form.

Letzter Ausweg Regierungsauftrag?

Für die Linkspartei dient ihr Spitzenergebnis gleich für mehrere Unterfangen. Erstmal sonnt sich die aktuelle Spitze im Ergebnis „ihres“ Spitzenkandidaten und Ministerpräsidenten Ramelow. Damit wäre der Beweis für die Regierungstauglichkeit der Partei auch praktisch erbracht. Sie leitet davon gemäß den parlamentarischen Gepflogenheiten auch den Anspruch aufs Weiterregieren ab. Gegen die verlogene Rhetorik der „geschrumpften Mitte“ setzt die Linkspartei auch ihr Wahlergebnis ein. Sie will anhand ihrer Regierungspolitik der letzten fünf Jahre – nicht ganz zu Unrecht – auch als Teil der „Mitte der Gesellschaft“ anerkannt werden. Sie reklamiert für sich, dass sie stärkste Kraft der „Demokratie“ wäre, die mit allen „DemokratInnen“ – also allen außer der AfD – über Regierung, Koalition und Duldung sprechen will.

Wir wollen hier keine Kaffeesatzleserei betreiben. Aber die Tatsache, dass sich die Linkspartei auch „offen“ für ein Bündnis, eine

Kooperation, eine Tolerierung mit und durch die CDU gibt, lässt Schlimmes befürchten. Zwar hat Fraktionschef Bartsch erklärt, dass es entscheidende Unterschiede zur Union gebe. Aber „Lösungen“ müssten auf Landesebene gefunden werden – und dafür müsse die Linkspartei vor Ort „freie“ Hand haben. Schließlich funktioniere eine Zusammenarbeit mit der CDU ohnedies schon lange auf kommunaler Ebene.

Während die Diskussion darüber die CDU in eine tiefe Krise stürzt, freut sich die Linkspartei als stärkste Kraft darüber, dass alle mit ihr reden müssen, dass eine Koalition gegen die Partei kaum möglich ist. Dass die CDU mit der Linkspartei sprechen wird, verbucht sie als „Erfolg“.

Hinsichtlich der vergangenen Legislaturperiode von 2014–2019 rühmt sich die Linkspartei, viele sozialpolitische Themen umgesetzt bzw. auf den Weg gebracht zu haben. Sie habe versucht, eine Abkehr von der neoliberalen Verwaltungspolitik auf Länderebene durchzusetzen. Dummerweise war sie aber auch an die Durchführung der übergeordneten Bundesgesetze gebunden, so dass der große Bruch mit der restriktiven Budgetpolitik bislang ausblieb. Ein wie auch immer geartetes Bündnis oder die Zusammenarbeit mit der Union würde auch die letzte Hoffnung auf dieses Unterfangen begraben, vor allem bei einer Koalition zwischen den

beiden Parteien.

Eine rot-rot-grüne Minderheitsregierung, Weiterführung der alten Koalition, die von Union und/oder FDP toleriert würde, wäre praktisch gelähmt. Selbst noch so geringfügige soziale Vorhaben könnten einfach blockiert werden.

Der einzige Ausweg, dass sich eine Linkspartei geführte Minderheitsregierung nicht auf Gedeih und Verderb an CDU, FDP oder auch die Grünen bindet, bestünde darin, dass sie mit ihrer Parlamentsfixiertheit bricht, auch wenn ein „Landesvater“ Bodo Ramelow als auf der Straße kämpfender Ministerpräsident schwer vorstellbar wäre. In jedem Fall müsste sich eine solche Minderheitsregierung, die ohne Koalitionen mit offen bürgerlichen Parteien auskommen will, auf die Mobilisierung der WählerInnen und AnhängerInnen der Partei stützen, vor allem auf die sozialen Bewegungen wie Fridays for Future, auf antirassistische und antifaschistische Kräfte und auf die Gewerkschaften. Immerhin haben lt. einer Umfrage des DGB überdurchschnittlich viele Gewerkschaftsmitglieder (36,5 %) Linkspartei gewählt, ein Zeichen dafür, dass die organisierte ArbeiterInnenklasse von dieser Wahl durchaus reale Verbesserungen erwartet.

In jedem Fall würde eine solche Politik einen Bruch mit der

bisherigen Strategie und Programmatik der Linkspartei erfordern. Eine Minderheitsregierung der Linkspartei wäre zwar selbst noch im Falle einer Alleinregierung dieser Partei eine bürgerliche Regierung – aber die Mobilisierung um konkrete Forderungen auf der Straße und in den Betrieben könnte eine neue, fortschrittliche Dynamik in die Situation bringen.

Zweifellos ist diese Variante angesichts der Ausrichtung der Linkspartei extrem unwahrscheinlich. Eine solche Politik hätte aber enorme Vorteile, auch für den Fall, dass Ramelow und seine Partei von einer parlamentarischen Mehrheit gestürzt würden. Für diese wäre es überaus schwierig, selbst eine Regierung zu bilden. Genau diese instabile Situation, die der Linkspartei als größtes aller Übel erscheint, könnte durch eine massive Mobilisierung auf der Straße und in den Betrieben zu einer Chance werden, Gegenmachtstrukturen aufzubauen, die anderen Parteien durch die ArbeiterInnenklasse herauszufordern.

Wie gegen rechts?

Für die Linkspartei und ihre Führung ist es jedoch bezeichnend, dass sich ihre Vorstellungen einzig auf das Feld parlamentarischer Kombinationen beschränken.

In den „liberalen“ bürgerlichen Medien wie SPIEGEL, Süddeutsche Zeitung oder Die Zeit wird die CDU ziemlich direkt aufgefordert, ihre Hemmnisse gegenüber der Linkspartei abzulegen und irgendwie den Ministerpräsidenten Ramelow zu halten. Anders die konservativen Medien wie die Springer-Presse, die die „Radikalen“ als WahlsiegerInnen sehen, quasi Thüringen verloren zwischen SozialistInnen und Nazis. Auch die berüchtigten „Weimarer Verhältnisse“ werden bemüht. Eine Koalition mit den Linken wird als „Tabubruch“ betrachtet. Den liberalen Medien geht es praktisch um stabile Verhältnisse, notfalls auch mit der Linkspartei. Schließlich weisen sie zu Recht darauf hin, dass die Linkspartei längst nicht so „extrem“ ist, wie von FDP und CDU beschworen, und fest auf dem Boden der bürgerlich-demokratischen Verhältnisse, von Parlamentarismus und „sozialer“ Marktwirtschaft steht. Als eigentliche Gefahr und die einzigen „ExtremistInnen“ gelten ihr – nicht so viel anders als der Linkspartei und der gesamten demokratischen Öffentlichkeit – die Bösewichte von der AfD.

Im Kampf gegen rechts stellt die Bindung an bürgerliche Parteien für die ArbeiterInnenklasse ein strategisches Hindernis dar. Ohne eine politische Anerkennung der bürgerlichen Ordnung, des Privateigentums sind solche Bündnisse und erst recht Regierungskoalitionen oder Duldungen nie zu haben. D. h. sie kommen praktisch einer offenen Unterordnung unter die Interessen der herrschenden Klasse

gleich. Auch wenn das „Bündnis der Demokratie“ in Regierungsform auf den ersten Blick als eine Stärkung im Kampf gegen die AfD und ihre faschistischen Verbündeten erscheint, weil es noch mehr gesellschaftliche Kräfte und Klassen umfasst, so stellt es in Wirklichkeit eine Schwächung des Kampfes dar. Stärkung träte nur ein, wenn die Kräfte eines solchen Bündnisses in eine Richtung ziehen würden. Im besten Fall ziehen aber ArbeiterInnenklasse und Kapital in entgegengesetzte Richtungen, paralysieren sich also und entfalten daher keine Kraft im Kampf gegen rechts. Im schlimmsten Fall – und so läuft es bei Koalitionsregierungen von offen bürgerlichen und reformistischen Parteien immer – ordnen sich die VertreterInnen der Linken den bürgerlichen unter, stärken also nur deren gesellschaftliche Position und schwächen damit die ArbeiterInnenklasse. Dass 22 % der Gewerkschaftsmitglieder in Thüringen AfD gewählt haben, verdeutlicht das Problem und die Gefahr, dass sich noch mehr Lohnabhängigen dem Rechtspopulismus zuwenden, wenn Linkspartei, SPD und Gewerkschaften auch noch gemeinsame Sache mit CDU und/oder FPD machen.

Das wird in Krisensituation, bei scharfen sozialen Konflikten, drohenden Massenentlassungen besonders fatal. Völkisch-nationalistische und populistische Kräfte wie die AfD können sich umso besser als VertreterInnen „des Volkes“ gegen die „demokratische“ Elite inszenieren, womöglich garniert mit Rassismus, Antisemitismus und demagogischem Anti-Kapitalismus.

Daher gilt es, an die Linkspartei in Thüringen die Forderung zu stellen: Keine Koalition mit CDU, FDP und Grünen! Schluss mit der Parlamentsfixiertheit! Mobilisierung für die Forderungen von Fridays for Future, für die sozialen

Versprechungen der Partei wie kostenlose Kita-Plätze, für Mindestlohn, gegen rassistische und faschistische Aufmärsche, für den Stopp aller Abschiebungen!

Dieser Forderungen sollten Anti-KapitalistInnen in Thüringen an die Linkspartei (wie auch an die Gewerkschaften und die Restbestände der SPD) richten. Zugleich gilt aber auch für dieses Land: Der Reformismus – ob nun mit Ramelow als Ministerpräsident, ob in der Opposition – selbst vermag keine überzeugende, tragfähige Antwort auf die aktuelle politische Krise zu geben.

Die verschärfte gesellschaftliche Konfliktlage, die das Wahlergebnis auch zum Ausdruck bringt, will er umschiffen, sich ihr zu stellen vermag er nicht. Dazu bedarf es einer politischen Neuformierung, einer neuen revolutionären ArbeiterInnenpartei.

Parlamentswahlen in Israel: Oslo-Abkommen abgewählt

Robert Teller, Neue Internationale 241, Oktober 2019

Die israelischen Knessetwahlen am 17. September sollten Benjamin Netanjahu mit

der Mehrheit

ausstatten, die er bräuchte, um Premierminister zu bleiben. Sie haben aber die

Liste Kachol Lavan (Blau Weiß) des ehemaligen Generalstabschefs Benny Gantz knapp zur stärksten Kraft gemacht.

Kachol Lavan

erhielt 25,95 % der Stimmen bzw. 33 Sitze in der Knesset, dem israelischen

Parlament. Netanjahu Likud (Zusammenschluss) kam auf 25,10 % (32 Sitze). Selbst

mithilfe verbündeter Parteien verfügt keines der beiden Lager über eine

Abgeordnetenmehrheit.

Gantz,

Befehlshaber der Gaza-Kriege 2012 und 2014, will mit der Person Netanjahu

abrechnen und ist zu einer Koalition mit Likud nur unter der Bedingung bereit,

dass Netanjahu nicht der Regierung angehört. Dieser wurde zwar erneut mit der

Regierungsbildung beauftragt, aber dies ist nutzlos, solange keine Koalition

unter seiner Führung möglich ist.

Wie bei der

vorigen Wahl im April wird ihr Zustandekommen wohl unter anderem an Avigdor

Liebermans Bedingung scheitern, die Befreiung ultraorthodoxer Juden und

Jüdinnen von der Wehrpflicht abzuschaffen. Solange keine Partei ihre

Wahlversprechen bezüglich einer Regierungsbeteiligung revidiert, sind wiederholte Neuwahlen wahrscheinlich. Mit den Mehrheitsverhältnissen in der Knesset ist auch Netanjahus Ziel, durch eine Gesetzesänderung Immunität vor Strafverfolgung zu erhalten, gescheitert.

Keine Illusionen in Gantz

Die Fehde zwischen Netanjahu und Gantz kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Programme des Likud und der angeblichen Mitte-Links-Parteienliste Kachol Lavan weitgehend deckungsgleich sind – auch hinsichtlich der israelischen Kontrolle des Jordantals, des Status Ostjerusalems, der Besatzung der Westbank und der Ablehnung des Rückkehrrechts. Zusammen vereinigen sie 51 % der Stimmen auf sich. Weitere 19 % der Stimmen entfallen auf Parteien der religiösen Ultrarechten, 7 % auf die säkulare, völkische Partei Jisr'ael Beitenu (Unser Zuhause Israel) von Avigdor Lieberman. Die ehemals mächtige Awoda (Arbeitspartei) ist mit 5 % für ihre Liste nahe an der Bedeutungslosigkeit. 4 % erhielt die von der Meretz-Partei (Energie) angeführte Liste. Die Vereinigte Liste arabischer Parteien bildet mit 11 % der Stimmen immerhin die

drittstärkste Fraktion in der Knesset. 10 ihrer 13 Abgeordneten haben allerdings ihre Unterstützung für eine Regierung unter Führung von Gantz erklärt, um einen Premier Netanjahu zu verhindern.

Die Wahlergebnisse zeigen, wie sehr sich die politischen Verhältnisse nach rechts verschoben haben. Mehr als drei Viertel der Stimmen entfallen auf rechte bis rechtsextreme Parteien. Auch wenn der Likud seine führende Rolle in einer Regierung verlieren sollte, prägen Kernelemente seines Programms die gesamte politische Landschaft im Staat Israel.

Scheitern der Zweistaatenlösung

Mit der Ankündigung, das Jordantal zu annektieren, beerdigt Netanjahu in offenem Bruch geltender Verträge und internationalen Rechts die sogenannte Zweistaatenlösung. Natürlich wird den PalästinenserInnen, die 85 % der Bevölkerung des seit 1967 besetzten Jordantals ausmachen, schon längst das Selbstbestimmungsrecht auch auf diesem Gebiet verwehrt. Das von Netanjahu beanspruchte Territorium besteht weitestgehend aus C-Gebieten, die nach den Osloer Verträgen unter alleiniger

israelischer Kontrolle stehen. 85 % der Fläche darf von PalästinenserInnen nicht betreten oder genutzt werden. 46 % des Jordantals ist als militärisches Sperrgebiet deklariert. Hierunter fallen auch die israelischen Siedlungen. Faktisch steht es längst unter israelischer Souveränität. Die Annexion wäre der logische Abschluss der Besatzungspolitik seit 1967 – und ginge zugleich mit einer weiteren Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung einher.

Die Zweistaatenlösung diente 25 Jahre lang dem Zweck, das Besatzungsregime in der Westbank als lediglich vorübergehenden Zustand zu legitimieren. Die Frage, wie ein demokratischer Staat der Hälfte seiner Bevölkerung demokratische Rechte verweigern kann, wurde mit Verweis auf den zukünftigen palästinensischen Staat beantwortet, die Rechtlosigkeit der PalästinenserInnen mit den Umständen der Besatzung gerechtfertigt. Mit der Annexion der besetzten Gebiete würde der rassistische Charakter der Staatsverfassung Israels, die einem Teil seiner Bevölkerung aufgrund seiner ethnischen Herkunft staatsbürgerliche Rechte verweigert, noch deutlicher geraten und auf ein größeres Territorium und dessen Bevölkerung ausgeweitet werden. Das Scheitern der Zweistaatenlösung und die Annexion von Teilen der Westbank wird jeden Zweifel ausräumen, dass der

„demokratische Staat“ in Wirklichkeit ein rassistischer Apartheidstaat ist.

Annexion und Expansion

Hinzu kommt, dass eine erfolgreiche Annexion des Jordantals mit großer Wahrscheinlichkeit nur einen Zwischenschritt zu Einverleibung der gesamten Westbank darstellen würde. Schon heute trommelt der rechtsextreme Avigdor Lieberman für diese „Lösung“, deren logisches Ende die Vertreibung und ein (schleichender) Völkermord wären.

Die sogenannte Zweistaatenlösung ist damit endgültig ins Reich der Träume verbannt. Mit der Annexion des Jordantals wäre nicht nur jede Hoffnung auf einen gleichberechtigten palästinensischen Staat neben Israel der Lächerlichkeit preisgegeben. Vielmehr wäre auch die zentrale Institution des „Oslo-Systems“, die Autonomiebehörde, hinfällig, die seit 25 Jahren für die Mitverwaltung der Westbank als verlängerter Arm der Besatzung zuständig war. Die „Palestinian Authority“, die aus dem Oslo-Prozess als Insolvenzverwalterin der geläuterten PLO entstanden ist, hätte ihren Zweck erfüllt. Ihr bliebe noch als letzte

Amtshandlung, den Löffel abzugeben.

Die aggressive Politik droht unter jeder Regierungskoalition. Sie würde mit einer weiteren Abriegelung und Aushungerung der Bevölkerung in Gaza einhergehen, das ökonomisch weniger lukrativ für eine direkte Annexion erscheint, ebenfalls mit weiterer Aggression gegenüber dem Libanon und Iran – zumal für jedes dieser reaktionären Vorhaben mit der Unterstützung durch die USA und stillschweigendem Einverständnis Saudi-Arabiens gerechnet werden kann.

Insofern ist die zionistische Rechte in Israel im Begriff, die Karten in Palästina neu zu mischen. Als erstes wird dabei die Illusion des demokratischen Staates Israel über den Jordan gehen. Womöglich mit dieser auch die sorgfältig errichteten Trennlinien zwischen 1948er-PalästinenserInnen einerseits und den BewohnerInnen Gazas, Ostjerusalems und der Westbank andererseits. Die Pläne der zionistischen Rechten werden zweifellos auf den erbitterten Widerstand der PalästinenserInnen stoßen.

Perspektive

Die führenden palästinensischen Vertretungen und die Fatah-geführte Regierung, die bis heute an der Illusion der Zweistaatenlösung festhalten, werden zu diesem Widerstand kaum mehr als nutzlose Appelle an die „Weltgemeinschaft“ und den israelischen Staat, den „Friedensprozess“ fortzuführen, beitragen (Fatah: Eroberung, Sieg). Fatah-Premierminister Mohammad Shtajjeh droht schon mal, alle Vereinbarungen mit Israel, denen dieses sich ohnehin nie verpflichtet gefühlt hat, auszusetzen.

Die einzige Alternative zum rassistischen Status quo, der zionistischen Einstaatenlösung, ist ein multinationaler, sozialistischer ArbeiterInnenstaat in ganz Palästina. Dieser kann nur durch den Sturz der israelischen Bourgeoisie mit Methoden des Klassenkampfes, durch PalästinenserInnen und fortschrittliche ArbeiterInnen und Unterdrückte in Israel erreicht werden. Die entschlossene, internationale Solidarität mit dem Widerstand der PalästinenserInnen stellt ein entscheidendes Element dar. Sie ist Aufgabe und Verpflichtung aller linken, fortschrittlichen und demokratischen Kräfte auf der Welt.

Nationalratswahlen in Österreich: ÖVP-Hoch und SPÖ-Tief fordern sozialistische Antworten

Michael Märzen, Neue Internationale 241, Oktober 2019

Die Nationalratswahlen am 29. September haben einen haushohen Sieg für die ÖVP unter Sebastian Kurz gebracht. Die Konservativen erzielten mit 37,1 % (+5,7) den größten Vorsprung zur zweitplatzierten Partei in der Geschichte der Republik. Jene, die SPÖ, fuhr mit 21,7 % (-5,1) das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte ein. Die FPÖ wurde mit 16,1 % (-9,9) bedeutend abgestraft und sieht sich in einer Krise. Die Grünen haben mit 14 % (+10,2) den Wiedereinzug in den Nationalrat geschafft und die größten Zugewinne erhalten. Die liberale Partei NEOS hat mit 7,8 % (+2,5) ihre Position weiter ausgebaut. Auch wenn diese Zahlen aufgrund der ausstehenden Briefwahlstimmen hochgerechnet und noch nicht das endgültige Ergebnis sind, wird sich nicht mehr viel bewegen, schon gar nichts Substantielles.

Gegenüber den

letzten Nationalratswahlen zeigt das Ergebnis bedeutende Veränderungen im politischen Kräfteverhältnis, das jeder fortschrittlich orientierte Mensch vor allem zuerst zwischen den Klassen sehen muss.

Politisches Kräfteverhältnis

Mit Sebastian

Kurz hat die ÖVP den politischen Anliegen der Reichen und der KapitalistInnen

zu einer Zustimmung verholfen, die es seit Anfang der 2000er nicht mehr in

diesem Land gab. Mit seinen als „Entlastungen“ verschleierte Umverteilungen

und seinem Aufspringen auf die rassistische Welle hat Kurz in den letzten zwei

Jahren nicht nur die große und mittlere Bourgeoisie sowie große Teile der

„Mittelschichten“, sondern selbst viele ArbeiterInnen hinter sich vereint. Von

seinen Steuersenkungen sollen nicht nur die Reichen und die Konzerne

profitieren, sondern auch mal diese oder jene Gruppe, beim Familienbonus vor

allem gutverdienende Familien, bei der Steuerreform auch kleine und mittlere

Einkommen, vor der Wahl dann die PensionistInnen usw. Vor dem Hintergrund eines

kleinen Wirtschaftsaufschwungs konnte er auf diese Weise und mit kräftiger

Hilfe der Medien die Ideologie verankern, dass von einer Entlastung der

KapitalistInnen („Standortpolitik“) alle profitieren würden oder zumindest diejenigen, die es verdient hätten. Während er mit einer Hand geschickt umverteilt, schlägt er mit der anderen gegen wichtige Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung, so die Ausweitung der Tageshöchst Arbeitszeit, die Stärkung der UnternehmerInnen in der Sozialversicherung oder (geplant, aber nicht umgesetzt) die Reform von Arbeitslosenversicherung und Notstandshilfe sowie die Schwächung der ArbeiterInnenkammer. Kurz versteht es wie kein anderer, sich hier und dort die Unterstützung aus politisch rückständigen Schichten der Bevölkerung zu generieren, um insgesamt gegen die ArbeiterInnenklasse vorzugehen.

Die enorme Stärkung der ÖVP findet allerdings vor dem Hintergrund einer Verschiebung im reaktionären Lager statt. Die FPÖ, die in der Vergangenheit mit aggressivem Rassismus und Nationalismus von den Abstiegsängsten und der politischen Perspektivlosigkeit des KleinbürgerInnentums und vieler unbewusster ArbeiterInnen stark profitieren konnte, hat erneut bewiesen, dass sie nicht die Partei „des kleinen Mannes“ ist, und befindet sich in einer ernsthaften Krise. Mitte Mai hatte die Süddeutsche Zeitung ein Video von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und dem damaligen Klubobmann Johann Gudenus veröffentlicht,

das die beiden bei korrupten Geschäften mit einer vermeintlichen russischen Oligarchin auf Ibiza zeigt. Was wohl für alle bürgerlichen Parteien inoffiziell zum politischen Geschäft gehört, war in der Öffentlichkeit untragbar. Hinzu kommen nun auch die Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit dem Glücksspielkonzern Novomatic und die Spesenaffäre von H.-C. Strache in der eigenen Partei. Konnte die FPÖ bei der Europawahl Ende Mai noch um einen Prozentpunkt besser abschneiden als jetzt, waren die Skandale nun noch einmal für einige eingefleischte Freiheitliche mehr zu viel. Dadurch wechselten 258.000 WählerInnen zur ÖVP, 235.000 ehemalige FPÖ-WählerInnen blieben enttäuscht der Wahl fern.

SPÖ-Desaster

Gleichzeitig hat die Sozialdemokratie erneut ihre Unfähigkeit bewiesen, die arbeitende Bevölkerung und die Jugend für ihre politischen Anliegen zu mobilisieren. Dieses Versagen wirkt in diesen Wahlen doppelt schwer, denn nicht nur die freiheitlichen Skandale, sondern auch jene um die Parteispenden der ÖVP (maßgeblich finanziert von der Milliardärin Heidi Goess-Horten sowie den Kapitalisten Klaus Ortner und Stefan Pierer) haben aufgezeigt,

wie diese beiden
Parteien mit dem Kapital verbunden sind. Demgegenüber wäre es
verhältnismäßig
leicht gewesen, die gemeinsamen Interessen der ArbeiterInnen
in Abgrenzung zu
ÖVP und FPÖ darzulegen und deren Interessenvertretung für die
Sozialdemokratie
zu reklamieren.

Dazu gehört auch
die Einbeziehung jener 1,2 Millionen in Österreich lebenden
Menschen, die
aufgrund des schweren Zugangs zur StaatsbürgerInnenschaft kein
Wahlrecht
besitzen und in ihrer Mehrheit einen sozial unterdrückten und
politisch
entmündigten Teil der ArbeiterInnenklasse stellen. Doch der
SPÖ-Führungsclique
fehlt schon längst mehr als die nötige Glaubwürdigkeit. Dort,
wo sie links
blinkt (Beispiel Vermögenssteuern), bietet sie keine
Perspektive, wie ihre
Forderungen erkämpft werden könnten, denn in der
traditionellen Großen
Koalition hat eine Politik im Interesse der lohnabhängigen
Bevölkerung keinen
Platz und eine Mobilisierung der ArbeiterInnenklasse zählt
längst nicht mehr zu
den Strategien der Sozialdemokratie. Stattdessen setzten die
sozialdemokratischen FunktionärInnen auf eine Kampagne, die
das „Gemeinsame“
und die „Menschlichkeit“ beschwört. Das reflektiert den Wunsch
der
Parteibürokratie, sich mit den KapitalistInnen auszusöhnen und
sich wieder im
Staatsapparat und der Verwaltung bereichern zu können. Weil

sich die

Parteivorsitzende Rendi-Wagner auch keine andere Politik als den Appell zum sozialen Miteinander vorstellen kann, verkündet sie auch noch nach der Wahl, dass „die Richtung stimmt“. So setzt sich der Niedergang der SPÖ fort.

Die großen

GewinnerInnen bei diesen Wahlen sind neben Sebastian Kurz die Grünen.

Angesichts der großen internationalen Mobilisierungen von Fridays for Future

ist in der Bevölkerung die Nachricht angekommen, dass es längst an der Zeit ist

für ernsthafte Maßnahmen gegen den Klimawandel. Der Klimaschutz war eines der

wichtigsten Themen im Wahlkampf. Er hat selbst den Dauerbrenner Zuwanderung in

den Schatten gestellt, sodass sich so gut wie alle Parteien zu einer

ernsthafteren Umweltpolitik bekennen mussten. Auch gab es viele traditionelle

Grün-WählerInnen, die bei den letzten Wahlen sozialdemokratisch oder Pilz

gewählt hatten und nun den Rauswurf der Grünen aus dem Nationalrat umkehren

wollten. Bei den unter 30-Jährigen teilen sich die Grünen prozentual die Spitze

mit der ÖVP. Bei der Jugend, die besonders von den Auswirkungen des

Klimawandels betroffen sein wird, stehen sie wohl sogar an erster Stelle.

Nachdem die Grünen seit Jahrzehnten schon die Notwendigkeit des Umweltschutzes

betonen, genießen sie beim Klima natürlich das größte

Vertrauen. Letztlich handelt es sich bei den Grünen aber um eine (klein-)bürgerliche Partei, die glaubt, sie könne die Rettung des Planeten mit den ausbeuterischen Gesetzen des Kapitalismus versöhnen, und deshalb zwischen der Verteidigung der Eigentumsverhältnisse und der Beschränkung der Verfügungsgewalt des Kapitals hin- und hergerissen ist.

Krise von Schwarz-Blau

Sebastian Kurz sieht sich nun trotz der Zugewinne in einer schwierigen Situation. Er selbst würde wohl am liebsten sein schwarz-blaues Projekt fortsetzen, doch die freiheitliche Spitze positioniert sich vorerst eindeutig gegen eine Regierungsbeteiligung. Letztlich ist es auch fraglich, ob eine stabile Koalition mit der FPÖ zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt möglich wäre. Das Szenario einer Parteispaltung ist zwar nicht wahrscheinlich (insbesondere nach dem angekündigten Rückzug Straches aus der Politik), aber keineswegs ausgeschlossen, besonders wenn bei einer erneuten Regierungsbeteiligung die Umfragewerte nicht stimmen. Eine Koalition mit der Sozialdemokratie wäre für Kurz wohl die unattraktivste Option. Immerhin hat er selbst

die letzte
rot-schwarze Regierung gesprengt und der SPÖ mit seiner
schwarz-blauen Politik
sozusagen den Krieg erklärt. Auch die Sozialdemokratie wird
sich schwertun, nun
auch noch in der eigenen Parteikrise dem Erzfeind Kurz-ÖVP die
Mehrheit zu
beschaffen. In ihrer „staatstragenden“ Rolle würde sie aber
vermutlich ähnlich
wie die SPD als letzter Ausweg trotzdem für eine Koalition
bereitstehen. Eine
Koalition mit den Grünen erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt
am
wahrscheinlichsten zu sein, wenngleich diese schon angekündigt
haben, sich am
teuersten zu verkaufen. Tatsächlich kann Kurz auch mit den
Grünen nicht an
einer rechtskonservativen Politik festhalten und müsste
zumindest eine gehörige
Kosmetik in der Umweltpolitik und eventuell auch anderen
Bereichen bieten. Man
muss sich also darauf einstellen, dass sich die Gespräche
zwischen den Parteien
und die Koalitionsverhandlungen selbst über einen längeren
Zeitraum ziehen und
ob dann wirklich die Grünen oder doch noch die Blauen oder am
Ende sogar die
Roten zum Handkuss kommen, das ist vom jetzigen Standpunkt
kaum abzusehen.

Herausforderungen

Für linke und
fortschrittliche Menschen und für BefürworterInnen der

ArbeiterInnenbewegung

gilt es nun, die Konsequenzen aus diesem Wahlkampf zu ziehen. Die Zugewinne für

ÖVP und Grüne (sowie auch für NEOS) sowie die Verluste für die SPÖ deuten eine

weitere Stärkung bürgerlicher Ideologien und Illusionen in der Bevölkerung an.

Die Sozialdemokratie selbst betreibt bürgerliche Politik auf Grundlage der reformistischen

Ideologie einer Versöhnung von Arbeit und Kapital. Sie ist damit Teil des

Problems und nicht der Lösung. Die ArbeiterInnenklasse braucht ihre eigene

Partei für eine unabhängige proletarische und internationalistische Politik –

die Sozialdemokratie ist diese Partei schon lange nicht mehr! Für die linken

und klassenbewussten Teile der Sozialdemokratie ist das aktuelle politische

Desaster die Vorwarnung, mit der Partei unterzugehen, sollten sie einen Bruch

mit der verbürgerlichten Politik der SPÖ weiterhin scheuen. Die kommenden

Wochen und Monate werden dazu Gelegenheit bieten, wenn sich die SPÖ für eine

Große Koalition öffnet. Dann muss es heißen „Nein zu jeder Koalition mit

kapitalistischen Parteien! Für eine eigenständige sozialistische Politik!“

Die Kandidaturen

von KPÖ und Wandel boten wieder einmal keinen Ausweg. Das liegt nicht nur an

der schwierigen Ausgangslage für Kleinparteien. Es ist auch ein Ausdruck

dessen, dass der etwas linkere Reformismus oder Populismus als

alternative

Perspektive kaum überzeugt. Nur eine Politik des internationalistischen

Klassenkampfes kann einen tatsächlichen Ausweg aus der Krise der

kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzeigen. Dass eine solche Politik

derzeit am politischen Horizont nicht absehbar ist, sondern die ÖVP ihren

politischen Höhenflug feiert, sollte nicht entmutigen. Wer schnell aufsteigt,

kann auch schnell wieder fallen. Gerade diese Wahlen haben bewiesen, wie

schnell die politischen Verhältnisse kippen können, wenn das politische

Bewusstsein erschüttert wird. Erschütterungen wird der Kapitalismus noch

mehrere hervorrufen, besonders in Zeiten der sich anbahnenden Rezession und der

Zuspitzung zwischen den imperialistischen Großmächten.

Landtagswahlen: Blaue Augen für die Ministerpräsidenten – Katastrophe für die Linkspartei

Tobi Hansen, Neue Internationale 240, September 2019

Seit Wochen werden die Wahlen in Brandenburg, Sachsen und am 27. Oktober in Thüringen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt diskutiert, ob die AfD stärkste Kraft werden kann. In Sachsen und Brandenburg kann das nun beantwortet werden. Die AfD schaffte Platz 1 nicht, wurde aber dort mit großem Abstand jeweils zweitstärkste Partei.

Die sächsische CDU und die Brandenburger SPD feiern, dass sie trotz enormer Verluste stärkste Kraft geblieben sind und ohne sie keine Landesregierung gebildet werden kann. Das soll „die Demokratie“ retten, für „stabile“ Verhältnisse sorgen und den Anschein vermitteln, dass trotz enormer Wahlerfolge der AfD alles beim „Alten“ bleiben kann.

Bundespolitisch verschafft dies der Großen Koalition zumindest den Spielraum, dass die Regierung bis zum Dezember hält. Die CDU kann die Nachfolge von Merkel vorbereiten. Die SPD-Regierungsbeteiligung hält bis zum Dezember, wo auf einem Bundesparteitag „planmäßig“ neue Vorsitzende und Vorstand gewählt werden und eine „Bilanz“ der Großen Koalition gezogen wird.

Das Ergebnis

Laut vorläufiger amtlicher Hochrechnung haben die Parteien in Sachsen folgendermaßen abgeschnitten: CDU 32,1 % (-7,3), AfD 27,5 % (+ 17,8), Linkspartei 10,4 % (-8,5), Grüne 8,6 % (+2,9), SPD 7,7 % (-4,7), FDP 4,8 % (+1). Damit ist eine Zweierkoalition ausgeschlossen. Die sog. Kenia-Koalition (CDU, Grüne, SPD) erscheint als wahrscheinlichste Regierungsvariante.

In Brandenburg ergibt sich folgendes Bild: SPD 26,2 % (-5,7), AfD 23,5 (+11,3), CDU 15,6 % (-7,4), Linkspartei 10,7 % (-7,9), Grüne 10,8 % (+4,6), BVB/FW (Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegung/Freie Wähler) 5,0 % (+2,3). Die FDP scheitert mit 4,1 % am Einzug in den Landtag.

Hier wird die SPD zu einer Dreierkoalition gezwungen sein. Als Alternativen stehen Rot-Rot-Grün oder „Kenia“ (mit CDU und Grünen) zur Auswahl. Die Brandenburger CDU schloss zuvor selbst Koalitionen mit der Linkspartei nicht aus (Novum!), also wird die SPD es sich aussuchen können.

AfD jubelt

Auch die Verfahrensfehler bei der Listenaufstellung, die zur Beschränkung auf max. 30 Sitze über Zweitstimmenanteil führten, vermochten die Partei angesichts von 15 Direktmandaten nicht zu schwächen. Die AfD hat ihr Ergebnis gegenüber den letzten Landtagswahlen verdreifacht und nunmehr bei drei aufeinanderfolgenden Wahlen (inkl. Bundestageswahl und Europawahl) über 25 % eingefahren.

Wie auch Spitzenkandidat Kalbitz in Brandenburg gehört Urban zum nationalistischen „Flügel“ innerhalb der AfD. Dieser wurde somit nun auch bundesweit weiter gestärkt.

Dass die tiefere Verstrickung des Brandenburger Spitzenkandidaten Kalbitz in das faschistische Milieu das Wahlergebnis ebenfalls nicht geschmälert hat, lässt auch in der Bundespartei einige Auseinandersetzungen erwarten, insgesamt wohl aber eine weitere Entwicklung nach rechts, insbesondere falls, was zu befürchten ist, die Thüringer AfD unter Höcke im Oktober auch noch einen Wahlerfolg einfahren sollte.

Zwei Entwicklungen der AfD im Osten Deutschlands sind dabei entscheidend für den Wahlerfolg. Erstens

gelingt es, die kleinbürgerlichen Schichten äußerst stark zu mobilisieren. So erhielt die AfD lt. Umfragen in Brandenburg 34 % der Stimmen unter den „Selbstständigen“, in Sachsen immerhin auch 29 %. Sie konnte damit eindeutig in klassische CDU- und FDP-WählerInnenenschaft eindringen. Vor allem bei den ehemaligen NichtwählerInnen mobilisierte sie mit Abstand die meisten Stimmen. Erschreckend ist sicherlich der hohe Anteil an den „ArbeiterInnen“ – in Brandenburg 44 %. Auch wenn das nicht mit der ArbeiterInnenklasse gleichgesetzt werden darf und der Anteil unter den Angestellten mit 26 % deutlich geringer ausfiel, so verdeutlicht es den Einbruch in lohnabhängige Milieus. Sicherlich wurde das z. B. in Brandenburg noch einmal durch die besondere Situation in der Lausitz angesichts des Ausstiegs aus der Braunkohle verschärft. Jedenfalls hat die AfD in dieser Region einige Direktmandate erobert.

Vor allem Angst vor Veränderungen, die sozialen Abstieg bedeuten könnten, treibt alle Bevölkerungsschichten um und an, dies sorgt für große Mobilisierung zur Wahl.

Dabei bilden Rassismus und Chauvinismus quasi den gemeinsamen „Kitt“, der eigentlich gegensätzliche

soziale Lagen verbindet und die AfD als zweitbeste Vertretung „ostdeutscher Interessen“ erscheinen lässt. Mögen auch viele Menschen subjektiv sie aus „Protest“ gewählt haben, so hat sich dieser verfestigt und die „ProtestwählerInnen“ lassen sich von Rassismus, Zusammenarbeit mit offenen Nazis von der Wahl nicht abschrecken.

Das Zusammenwirken der kleinbürgerlichen Schichten mit weiteren rassistischen bis hin zu faschistischen Organisationen der „extremen Rechten“ wie NPD, Der III. Weg, Identitäre Bewegung, „Pro Chemnitz“, einer äußerst militanten „Hooligans gegen Salafisten/HOGESA“-Verankerung in diesen Bundesländern, einer „NS-Musikszene“ usw. zeigt die extrem gute lokale Aufstellung, die sich die AfD zunutze machen kann. Dadurch kann sie sich gemeinsam mit anderen rechten lokalen Kräften und MandatsträgerInnen als die Kraft des Volkes vor Ort darstellen.

Die AfD baut sich gerade in der ehemaligen DDR als gesellschaftliche Kraft mit Massenanhang im kleinbürgerlich-reaktionären Spektrum auf, die perspektivisch auch immer größeren Teilen des BürgerInnentums und des Kapitals eine „verlässliche“ Machtalternative bieten will – von BürgermeisterInnen in den Kommunen bis hin zur Beteiligung an Landesregierungen.

Dies tut sie z. B. mit dem Slogan „Vollendet die Wende“, „Wende 2.0“. Sicher bringt diese

Formulierung auch eine große gesellschaftliche Tragik zum Ausdruck. Die Tatsache, dass sich 30 Jahre nach der kapitalistischen Restauration der DDR die nationalistischen und faschistischen SchergInnen des Kapitals anschicken, die Wende zu vollenden, ist selbst ein dramatischer Ausdruck der Niederlagen der ostdeutschen ArbeiterInnenklasse wie des politischen Versagens von SPD und Linkspartei.

Kandidat Kalbitz, der in Athen schon mal die NS-Flagge hisste, begründete diesen Slogan mit der sozialen Realität, nämlich den immer noch niedrigeren Rentenniveaus der Ostdeutschen. Bevor „andere“ – gemeint sind MigrantInnen und Geflüchtete – Geld bekommen, sollte doch erst mal die Rente angeglichen werden. So werden reale soziale Skandale wie Altersarmut, Ungleichheit, das Abhängen ganzer Regionen angesprochen. Dass Einkommen, Arbeitszeiten, Infrastruktur, Bildungs- und Arbeitsmarktchancen auch 30 Jahre nach der Wende nicht angeglichen sind, hat freilich die AfD nicht erfunden. Sie greift vielmehr diese Realität des Kapitalismus auf und verbindet sie mit nationalistischer und rassistischer Hetze. Dabei spielen ihr alle anderen Parteien mehr oder weniger willig in die Hände, die die soziale Misere verharmlosen und Jahr für Jahr erklären, dass sie die Lebensverhältnisse der Menschen doch verbessert hätten.

Dass die AfD-Wirtschafts- und -Sozialpolitik eigentlich neoliberal bis auf die Knochen ist, dass sie die öffentlichen Rentenkassen an Fonds verscherbeln will, spielt in ihrer öffentlichen Wahrnehmung keine Rolle. Zum anderen kann die AfD einfach darauf setzen, dass sie die "Systemparteien" – also allen anderen – ungestraft einfach als „LügnerInnen“ bezeichnet, selbst wenn sie einmal die Wahrheit sagen sollten.

Die „Mitte“

Die Ergebnisse von CDU und SPD und auch der Grünen blieben einigermaßen im Rahmen des Erwarteten. Die Parteien der Großen Koalition sind mit einem blauen Auge davongekommen und können weiter regieren. Sie rechnen „Erfolge“ – Verteidigung der Ministerpräsidentenposten – gegen Misserfolge (Verluste an Stimmen) auf.

Die gesamte Mobilisierungskraft der kleinbürgerlichen wie lohnabhängigen Mittelschichten drückt sich auch im Erfolg der Grünen, partiell auch der FDP und der BVB/FW aus. Letzte haben sich vor allem auf Kosten der CDU behauptet. Die Grünen wiederum haben unter der Jugend allgemein stark gewonnen (20 % der 18–24-Jährigen

in Sachsen, 27 % in Brandenburg). So konnten sie ihr historisch bestes Ergebnis in den Bundesländern holen, auch wenn sie hinter den Umfragen noch deutlich zurückblieben.

Somit können die Grünen einmal eine SPD-geführte Regierung „retten“, das andere Mal die CDU. Das zeigt auch ihre flexiblen Verwendungsmöglichkeiten für diesen bürgerlichen Parlamentarismus als Zünglein an der Waage, gewissermaßen als „Ersatz“-FDP.

Klare Verliererin – die Linkspartei

Dass der allgemeine gesellschaftliche Rechtsruck der Linkspartei nicht einfach den Rücken stärkt, stimmt sicher. Ebenso sorgen Regierungsbeteiligungen selten bis nie für gute Wahlergebnisse. Doch die Ergebnisse vom 1. September können in beiden Bundesländern nur als katastrophal bezeichnet werden. Bei gesteigener Wahlbeteiligung halbierte sie sich in beiden Bundesländern. Dabei sind die extremen Verluste in Brandenburg von 7,9 % angesichts der Politik der Landesregierung noch einigermaßen nachvollziehbar. In Sachsen fielen sie jedoch in der Opposition mit 8,5 % noch desaströser aus. Verloren hat

die

Linkspartei vor allem an SPD, AfD und Grüne in Brandenburg, in Sachsen an alle

(vor allem CDU und AfD mit 24.000 bzw. 26.000 Stimmen). Hinzu kommt, dass die

Linkspartei trotz der deutlich gestiegenen Wahlbeteiligung kaum an Stimmen zulegen konnte.

Während die Partei bis

zuletzt ihre Politik in Brandenburg schönredete, träumte der sächsische

Spitzenkandidat Gebhardt vor wenigen Tagen noch von Rot-Rot-Grün. Jetzt vereint

diese Möchtegern-Koalition in Sachsen ungefähr genau soviel Stimmen auf sich

wie die AfD.

Am Wahlabend zeigte sich

das Spitzenpersonal der Linken „betroffen“. Niederlagen in Bundesländern, in

denen die Partei stets um die Spitzenplätze konkurrierte, können auch zu

Zäsuren werden. In Brandenburg schaffte die Linkspartei nach einer verhunzten

„Regionalreform“, meist nur noch mit Postengeschacher und Skandälchen von sich

reden zu machen. Ansonsten blieb sie treue Vollstreckerin von Woidke und setzte

z. B. ein neues Polizeigesetz mit durch. In Sachsen versuchte Rico

Gebhardt, sich und die Linkspartei als Verteidigerin von Humanismus und

Liberalismus neu zu erfinden.

Weder konnte die äußerst
regierungserprobte Brandenburger Linkspartei die Renten
angleichen noch Hartz
IV aus der Welt schaffen, geschweige denn dafür sorgen, dass
sich militante
faschistische Kreise und Netzwerke nicht weiter ausbreiten.
Ähnlich den
weiteren ostdeutschen Landesverbänden wurde brav mitregiert,
kommunal auch mal
mit der CDU Übereinkunft erzielt. Die Linkspartei ist
Verwalterin der
kapitalistischen Restauration geworden. Und sie wurde auch
Opfer der eigenen
und ständig verbreiteten Illusionen in die reformistische
Politik des
Mitregierens. Wer andauernd behauptet, dass die Politik einer
„Reformregierung“
im Brandenburger Landtag die Verhältnisse wirklich verbessern
und so zu einem
„Modell“ der sozialen Transformation werden könne, der braucht
sich nicht zu
wundern, dass die WählerInnen irgendwann einmal den
reformistischen Versprechen
nicht mehr Glauben schenken wollen.

Dementsprechend sinken
auch die Hoffnungen der WählerInnenschaft, dass diese Partei
soziale Sicherheit
und vielleicht sogar Verbesserungen des Lebensstandards
durchsetzen könnte –
die Realität programmiert die Wahlniederlage.

Beim Bundesparteitag 2020
wird ein neuer Vorstand gewählt. Objektiv könnten diese
Niederlagen dem

Wagenknecht-Lager eher helfen und dem aktuellen Vorstand
schaden. Sicherlich
wird die Linkspartei nun alles auf Ministerpräsident Ramelow
in Thüringen
setzen.

Die Linkspartei hat längst
aufgehört, als quasi-automatischer Bezugspunkt für Sorgen um
sozialen
Abstieg, Arbeitsplätze, Ungerechtigkeit für die ostdeutsche
Bevölkerung zu
fungieren. Die Politik der Partei war dabei in den Jahren nach
der Wende
sicherlich auch nicht so viel besser, wie heute ein
verklärender Blick in die
Vergangenheit suggerieren möchte – aber die Partei verfügte
damals (noch als
PDS) über stärkere Basis- und Vorfeldstrukturen, was ihr Image
als
„Kümmerpartei“ begründete.

Während diese
gesellschaftliche Verankerung in großen Teilen der
lohnabhängigen Bevölkerung
schwächer wurde, konnte sie weder unter der Jugend noch unter
der betrieblichen
ArbeiterInnenklasse eine ähnliche Basis aufbauen. Klimapolitik
blieb ihr gerade
in Brandenburg fremd, wo sie um die Braunkohle einen Eiertanz
aufführt. Der
geringere gewerkschaftliche Organisationsgrad in Sachsen wie
Brandenburg
bedeutet auch, dass es der AfD leichter fiel, in die
ArbeiterInnenklasse
einzubrechen, was sich auch in den Stimmengewinnen der Rechten

in Regionen mit sinkender Bevölkerung zeigt. Aber auch die Tatsache, dass sich die Linkspartei selbst nie um eine stärkere betriebliche und gewerkschaftliche Verankerung bemühte, dass sie mehr auf die Gewinnung von (linken) BürokratInnen und FunktionärInnen setzte, drückt sich jetzt in ihren schlechten Ergebnissen aus.

Angesichts dieser Katastrophe fallen die ersten Erklärungen des Spitzenpersonals der Linkspartei geradezu lächerlich aus, weil sie in rein konjunkturellen Fragen (Ministerpräsidentenbonus) die Ursache für das Desaster suchen, nicht in der parlamentsfixierten lahmen „Reformpolitik“ der Partei selbst.

Was tun?

In Brandenburg wäre es wichtig, dass gegen eine erneute Regierungsbeteiligung mobilisiert wird. Eine Fortsetzung der Beteiligung an Rot-Rot-Grün bringt der ArbeiterInnenklasse nichts, für die Linkspartei wäre der weitere Niedergang vorprogrammiert – und die AfD würde sich dabei als „die Opposition“ weiter profilieren.

Unsere kritische

Wahlunterstützung für die Linkspartei galt vor allem den WählerInnen und AktivistInnen der sozialen, der klimapolitischen Bewegung, den GewerkschafterInnen, wie auch der lokalen „Antifa“, damit sie sich gegen den Rechtsruck organisieren. Dazu kann die Linkspartei ein „Mittel“ sein und dies sollte auch bei Wahlen ausgedrückt werden.

Rund um die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung wie auch der sozialen Bewegungen, der „Linken“ allgemein muss der gemeinsame Kampf gegen die Regierungen wie gegen die AfD jetzt im Vordergrund stehen. Eine Linkspartei an der Regierung ist dabei keine Hilfe, im Gegenteil.

Nach den Wahlerfolgen in Sachsen und Brandenburg werden die AfD wie auch das faschistische Umfeld weiter versuchen, die „Linke“ einzuschüchtern, „No-Go-Areas“ wie auch „national befreite Zonen“ auszubauen. Darauf brauchen wir eine Antwort, müssen gemeinsam mit den Geflüchteten und MigrantInnen unsere Wohngebiete gegen die AfD und Fascho-Pest verteidigen.

Während die Aufspaltung des bürgerlichen Lagers voranschreitet, verlieren auch die bürgerlichen ArbeiterInnenparteien. In Ostdeutschland polarisiert die AfD diese Entwicklung

sowohl in kleinbürgerlichen Schichten wie auch in Teilen der ArbeiterInnenklasse und rückt dem „Sieg“ bei einer Wahl immer näher.

Die bürgerlichen ArbeiterInnenparteien SPD und Linkspartei vertiefen ihre strategische Krise, die bei der SPD ein munteres Führungsquiz eröffnet hat. Beide starren auf den Aufstieg der AfD wie das Kaninchen auf die Schlange, indem sie sich an ein parlamentarisches Bündnis nach dem anderen klammern. Statt auf Mobilisierung und Klassenkampf setzen sie – nicht nur die SPD, sondern auch weite Teile der Linkspartei – auf ein Bündnis mit bürgerlichen „DemokratInnen“.

In Zeiten kommender Wirtschaftskrisen, akuter Handelskriege, baldiger Restrukturierungen im industriellen Sektor, Massenentlassungen und weiterer Prekarisierung der sozialen Bedingungen, einer vertieften ökologischen Gesamtkrise bedeutet diese Politik nichts anderes, als die Lohnabhängigen an eine Allianz mit den „demokratischen“ VertreterInnen des Kapitals zu binden und der AfD-Demagogie in die Hände zu spielen, dass sie als einzige „die einfachen Leute“ vertrete. Die Lehre kann nur lauten: Schluss mit diese Politik!

Der Kampf gegen Rechts

darf dabei nicht auf den Kampf gegen die AfD beschränkt bleiben. Eine Linke, eine ArbeiterInnenbewegung, die Hunderttausende Lohnabhängige von den rechten DemagogInnen wieder gewinnen will, muss den Kampf gegen die soziale Misere, die realen Missstände in Angriff nehmen. Dazu braucht es einen Kampf gegen Billiglohn und Hartz IV, gegen weitere drohende Entlassungen, für ein öffentliches Programm zum Ausbau der Infrastruktur, von Bildung, Gesundheitswesen, ökologischer Erneuerung im Interesse der Lohnabhängigen, kontrolliert von der ArbeiterInnenklasse und finanziert durch die Besteuerung der Reichen – um nur einige Beispiele zu nennen. Kurzum, es braucht den gemeinsamen Kampf der Linken, der Gewerkschaften wie aller ArbeiterInnenorganisationen.

Angesichts der drohenden Angriffe, und um gemeinsamen Widerstand zu entwickeln, brauchen wir Aktionskonferenzen auch bundesweit, um den Kampf gegen Rechtsruck, AfD, militante faschistische Gruppierungen und gegen die laufenden und drohenden Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse und die Jugend, auf Arbeitsplätze und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu koordinieren.

Ukraine nach der Parlamentswahl: Neues Personal für alte Probleme

Paul Neumann, Infomail 1064, 6. August 2019

Nach der Präsidentenwahl im April 2019 hat Wolodymyr Selenskyj auch die vorgezogenen Parlamentswahlen am 21. Juli 2019 mit der absoluten Mehrheit der Sitze in der Rada (Parlament) für sich und seine neue Partei Sluha Narodu (Russisch: Sluga Naroda; Deutsch: Dienerin des Volkes) entscheiden können. Da Selenskyj in der alten Rada keine Basis zum Regieren hatte, war die vorzeitige Neuwahl nur folgerichtig. Auf diesem Stimmenergebnis will er den angekündigten tiefgehenden Wandel der ukrainischen Gesellschaft durchziehen, ohne auf parlamentarische Hindernisse zu stoßen oder auf quertreibende KoalitionspartnerInnen Rücksicht nehmen zu müssen.

Das jedenfalls erwartet nun nicht nur die Mehrheit der ukrainischen BürgerInnen. Auch die FreundInnen und FörderInnen der „unabhängigen“ Ukraine im Westen hoffen, wenn auch mit einiger Skepsis, auf einen „Neustart“. Neben allen Vorbehalten gegenüber Selenskyj und seiner Fähigkeit zum Wandel steht nach übereinstimmendem Dafürhalten westlicher

KommentatorInnen zumindest eine Siegerin schon fest: die Demokratie. Dass der Amtswechsel „friedlich“, ohne Massenschlägerei in der Rada über die Bühne gegangen ist, gilt schon als Erfolg.

Die Wahl

Auf jeden Fall ist dem öffentlichen Vernehmen nach der erste wichtige Schritt in die richtige Richtung getan. Selenskyj konnte mit seiner neuen Partei 43,16 % der Stimmen und somit 124 Mandate erringen. Zudem gewann Sluha Narodu 130 Direktwahlkreise und erhielt so insgesamt 254 von 424 Sitzen in der neuen Rada. Da fast 20 % der abgegebenen Stimmen auf Kleinparteien fielen, die an der Fünfprozent-Hürde scheiterten, reichten die 43 % für eine satte absolute Mehrheit aus.

Mit weitem Abstand zweitstärkste Partei wurde die von Russland unterstützte „Oppositionsplattform“ um den ehemaligen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Jurij Bojko und den ehemaligen Leiter der Präsidialadministration unter Leonid Kutschma, Wiktor Medwedtschuk. Sie errang 13,1 % der Stimmen und 43 Sitze in der neuen Obersten Rada. In den offiziellen Wahlergebnissen sind auch die Regionen Donezk und Luhansk (Lugansk) aufgeführt. Hier wird jeweils die „Oppositionsplattform“ als Wahlsiegerin

aufgeführt, mit 43,4 % in Donezk und 49,8 % in Luhansk. Allerdings wurden diese Ergebnisse nicht in das offizielle Ergebnis übernommen und Abgeordnete aus diesen Regionen sind nicht in der Rada vertreten.

Den dritten Platz mit 8,2 % (plus 2,5 % = 300.000 Stimmen) und 26 Sitzen belegte die frühere Ministerpräsidentin und jetzige „Gasprinzessin“ Julija Tymoschenko (Julia Timoschenko) mit ihrer Vaterlandspartei, dicht gefolgt mit 8,1 % (minus 13,7 % = 2,3 Mil. Stimmen) und 25 Sitzen von der Partei Europäischer Solidarität von Ex-Präsident Poroschenko. Überraschend schaffte es auch die neue Holos-Partei (Deutsch: Stimme) des Rocksängers Swjatoslaw Wakartschuk mit 5,8 % und 20 Abgeordneten in die neue Rada.

Bemerkenswert ist, dass die „Vereinigung aller nationalistischer und neofaschistischer Parteien“ wie Swoboda (Deutsch: Freiheit) nur 4,3 % der Stimmen errang und an der Fünfprozent-Hürde scheiterte. Die Stimmenzahl dieser Kräfte sank von 1,1 Mil. auf 315.560.

Die Wahlbeteiligung lag bei nur 49,1 % und damit noch 3 % unter jener der letzten Wahl im Oktober 2014, was auf eine tiefe Demoralisierung großer Wählerschichten deutet.

Selenskyjs Programm

Neben der Bekämpfung der vielzitierten Korruption musste Selenskyj an erster Stelle eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation versprechen. Sein Programm dazu ist allerdings eher stichwortartig und nebulös. Von einer „Neuen Wirtschaftsstrategie“, von der „Demonopolisierung der Schlüsselindustrien“, Entbürokratisierung, weiteren Privatisierungen, Vereinfachung des Steuersystems, Förderung von Forschung und Wissenschaft ist die Rede. (Siehe: <https://sluga-narodu.com/program>)

Kann man sich eine „Demonopolisierung von Schlüsselindustrien“ ohne Enteignung der Oligarchie vorstellen? Wer soll das beschließen und durchsetzen? Weitere „Privatisierungen“, die der Westen einfordert, werden neben den OligarchInnen, die man ja gerade nicht weiter stärken will, nur finanzstarke ausländische KapitalgeberInnen finanzieren können. Fördert das die nationale Wirtschaftsbasis? Die Kosten für Forschung und Wissenschaft als Grundlage einer konkurrenzfähigen Industrie werden heute auf 100 Milliarden Euro geschätzt – für moderne Universitäten und Institute, IngenieurInnen, Ausstattung und akademisches Personal. Doch woher will die Ukraine die Ressourcen nehmen, wenn gleichzeitig die bestehenden

Eigentumsverhältnisse und die Wirtschaftsordnung unangetastet bleiben?

Permanente Krise seit 2014 – als Ergebnis des westlichen Zugriffs

Seit dem Zugriff des Westens auf die Ukraine im Zusammenhang mit der rechten Majdan-Bewegung 2013/2014 und der putschartigen Regierungsübernahme durch den „Schokoladenoligarchen“ Poroschenko und dem damit vollzogenen politischen und ökonomischen Bruch mit Russland ging es wirtschaftlich steil bergab. Das Land wurde faktisch gespalten. Der seit 2014 andauernde Bürgerkrieg im Donbas (Russisch: Donbass; Deutsch: Donezbecken) hat nicht nur tausenden UkrainerInnen auf beiden Seiten das Leben gekostet, sondern die Wirtschaft noch weiter zerstört. Lag 2013 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf bei ca. 4.000 US-Dollar, so ist es bis 2018 auf 2.960 US-Dollar gesunken. Damit befindet sich das Land auf dem Niveau von Laos, den Philippinen und Ägypten. In Europa weist nur die Republik Moldau (Moldawien) ein geringeres BIP pro Kopf auf.

Die Hinwendung zu EU und USA hat bisher kaum Früchte getragen. Im Gegenteil, die Folgen sind fatal: Über 3 Millionen Menschen haben die Ukraine dauerhaft verlassen und ca. 9 Millionen arbeiten zumindest zeitweise

im Ausland, davon 1,5 Millionen im benachbarten Polen. Die Auslandsinvestitionen lagen 2018 bei bescheidenen 800 Millionen US-Dollar. Das bisherige Einbindungsprogramm in die EU ist vollkommen gescheitert. Das muss auch die EU-Kommission eingestehen. Deshalb pflegt sie inzwischen diplomatische Redewendungen in der Art, dass die „Reformen nachhaltiger und glaubwürdiger“ gestaltet werden müssten.

Die Auslandsschulden betragen ca. 130 Milliarden US-Dollar, nicht eingerechnet die unzähligen Milliarden an Sonderkrediten für die Modernisierung der ukrainischen Armee, um die Aufrechterhaltung der Front im Osten gegen die russlandfreundlichen Milizen der Regionen Donezk und Luhansk (Donbas) zu gewährleisten. Die Militärförderung bildet zugleich die Grundlage für eine strategische Etappe im Aufbau einer weiteren NATO-Basis gegen Russland und China.

De facto ist die Ukraine bankrott und zahlungsunfähig. Ihre Zahlungsfähigkeit wird nur mit weiteren Krediten der westlichen Regierungen aus politischen Gründen aufrechterhalten. Damit steckt sie zugleich fest in der Schuldenfalle, dem Würgegriff westlicher Staaten und des internationalen Finanzkapitals.

Dieser Würgegriff bestimmt im Wesentlichen den Handlungsrahmen

von Präsident Selenskyj für sein Modernisierungsprogramm von Wirtschaft und Gesellschaft, verbunden mit den bekannten „Sparprogrammen“ bei Renten, Löhnen, Gesundheitswesen und anderem „Sozial-Klimbim“ auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Auch wenn Selenskyj in seinem Wahlprogramm höhere Renten und den Ausbau des Gesundheitswesens versprochen hat, wird er kaum die Mittel gegen den Widerstand der westlichen GläubigerInnen aufbringen können.

Außerdem befinden sich die faschistischen und halb-faschistischen Kräfte trotz Wahlschlappe weiter in Lauerstellung. Rassistische Angriffe, Morde und Übergriffe sind weit verbreitet. Als 2018 Nazi-Banden ein Roma-Lager überfielen und mehrere Männer, Frauen und Kinder töteten, war das den hiesigen Medien nur eine Randnotiz auf den hinteren Seiten wert. Westliche JournalistInnen gaben sich auffallend große Mühe, diese Folgen westlicher Politik zu ignorieren.

Am 18. Juni absolvierte Selenskyj seinen Antrittsbesuch als neuer ukrainischer Präsident in Berlin. Brav gab er gegenüber Kanzlerin Merkel sein Treuebekenntnis zu Marktwirtschaft, EU und NATO ab und forderte schärfere Sanktionen gegenüber Russland. Anschließend teilte ihm der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, Wolfgang Büchele, mit, was in der Ukraine zu geschehen habe: „Wichtig ist aus Sicht von Investoren

besonders ein durchsetzungsfähiges unabhängiges Justizsystem.“ Und „ein verlässlicher Rechtsrahmen und eine Gleichbehandlung von in- und ausländischen Investoren ist die Grundlage für eine vertiefte Zusammenarbeit.“

Damit sind die Eckpunkte des Programms von Selenskyj weitgehend abgesteckt. Es hat die Infrastruktur für westliche Investitionen deutlich zu verbessern. Wenn Selenskyj seinen Auftrag erledigen und Investitionen erfolgen sollten, steht der Platz der Ukraine in der internationalen Arbeitsteilung schon fest: als weiteres halbkoloniales Billiglohnland in der Kette der verlängerten Werkbänke der deutschen/EU-Industrien in der Einflussregion in (Süd-)Osteuropa. Das alleine ist die kapitalistische Perspektive für die Ukraine.

Bedenken hegt die deutsche bürgerliche Öffentlichkeit auch, ob die Mehrheiten in der Rada für die notwendigen Gesetzes- und Verfassungsänderungen zur Durchsetzung der Reformen überhaupt zustande kommen, zumal für eine Verfassungsänderung eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig ist. Auch an der Haltung zu seinem Haus-Oligarchen Kolomojskyj (Kolomoiski) aus Dnipro (Dnepropetrowsk) will SPIEGEL online „Selenskyi mit seinen Reformversprechen“ testen.

Ebenfalls sickern schon Gerüchte durch, dass sich die nun überflüssigen Abgeordneten der abgewählten Parteien längst in der neuen Partei

Sluha Narodu eingenistet haben und ihre Saläre weiterhin von diversen

OligarchInnen beziehen (DLR, 22.7.2019). Das alte System ist zäh und widerborstig

und ist nicht gewillt sich einfach abwählen zu lassen, solange die Interessen,

die es tragen, noch lebendig sind.

In Russland hat die Wahl in der Ukraine eine große Aufmerksamkeit erfahren. Am Wahltag berichtete das russische Staatsfernsehen

den ganzen Tag live. Die staatstragenden KommentatorInnen gaben das Interesse

des russischen Staates vor: Russland ist zu Gesprächen mit Selenskyj bereit.

Außer über die Krim, deren Eingliederung von zentraler strategischer Bedeutung

für Russland ist, könne über alle Themen gesprochen werden. Vorstellbar ist,

dass der Krieg im Donbas beendet werden kann, wenn der Westen die Sanktionen

gegen Russland aufhebt.

Perspektive – Kampf für die Interessen der ArbeiterInnenklasse

Auch die ukrainische ArbeiterInnenklasse wird bald ihre Illusionen in den Westen ganz praktisch verlieren. Besonders die führenden

Länder des westlichen Imperialismus können ihre eigenen

Profitraten nur noch
aufrechterhalten, wenn sie weiter und weiter halb-koloniale
Länder und Regionen
in ihre Produktionsketten einbinden. Der einzige Maßstab dabei
ist: billiger
produzieren.

Selbst wenn die Investitionen in die Ukraine doch noch
kommen sollten, so zeigt ein Blick nach Bulgarien und
Rumänien, welche Zukunft
damit verbunden wäre. All die versprochenen Reformen und der
Kampf gegen die
Korruption, die als westliche Rezepturen gepriesen und
eingefordert und den Menschen
als Heilmittel für ihre jämmerliche Existenz gepredigt werden,
drücken nur die
Interessen des internationalen Kapitals und der ukrainischen
Eliten aus. Es
geht alleine um die Optimierung der Ausbeutung dieser Länder
für die
imperialistischen Mächte und eine korrupte nationale
politische und ökonomische
Elite sowie um deren geostrategische Einbindung im Kampf um
die Neuaufteilung
der Welt.

Dagegen muss sich heute die ArbeiterInnenklasse vorbereiten
und rüsten durch den gemeinsamen Kampf gegen die Kürzung der
Löhne und Renten,
gegen Einsparungen im Gesundheitswesen, gegen Erhöhung der
Energiekosten und
Mieten, für die Verstaatlichung von Monopolen, Banken, die
Energiewirtschaft
unter ArbeiterInnenkontrolle, gegen jegliche Privatisierungen,
gegen Aufrüstung,

mittels Selbstverteidigung gegen faschistische Angriffe.

Einen entscheidenden Punkt stellt dabei der Kampf gegen die weitere Kriegsmobilisierung gegen den Osten der Ukraine dar – wie umgekehrt

gegen die Dominanz des russischen Imperialismus im Donbas. Dieser erfordert

freilich den Bruch mit allen bürgerlichen Kräften – nicht nur mit Selenskyj und

den pro-westlichen Parteien, sondern auch mit der pro-russischen „Opposition“.

Nur auf dieser Basis es möglich, eine revolutionäre ArbeiterInnenpartei in der Ukraine

aufzubauen und die politische Krise der Klasse zu überwinden.

Indien: Hindutva, das neue Gesicht der KapitalistInnenklasse

Shahzad Arshad, Neue Internationale 238, Juni 2019

Die

hindutva-chauvinistische Bharatiya Janata Party (Indische Volkspartei, BJP)

unter der Leitung von Narendra Modi, hat die Wahlen zum indischen Unterhaus Lok

Sabha (Volksversammlung, 1. Kammer) gewonnen. Ihr politisch-ideologisches

Konzept, Hindutva, zielt auf die Gestaltung Indiens nach hinduistischen Regeln, praktisch handelt es sich um aggressiven Hindu-Nationalismus gepaart mit Neo-Liberalismus.

Von den 900

Millionen Wahlberechtigten entschieden sich 67 Prozent dafür dieses

wahrzunehmen. Dies ist die höchste Beteiligung in der Geschichte Indiens. Die

BJP und ihre Verbündeten in der Nationaldemokratischen Allianz erhielten 342

Sitze, davon gingen 303 allein an die BJP, was die Partei in die Lage versetzt,

die Regierung ohne Koalitionspartner zu stellen. Dies ist erst das zweite Mal

seit 1971, dass eine Partei in Delhi eine zweite aufeinander folgende

Alleinregierung bilden konnte. Die Kongresspartei gewann nur 52 Sitze, das von

ihr geführte Bündnis erreicht insgesamt auch bloß 92. Gleichzeitig fungierte

die Wahlkommission als Modis rechte Hand und ignorierte seine Hassreden.

Unterdessen behauptet eine Reihe von Oppositionsparteien, dass die Wahlen

manipuliert wurden.

Fast 50 Prozent

der kürzlich gewählten Parlamentsmitglieder sind mit zahlreichen Strafverfahren

konfrontiert, darunter Vorwürfe wegen Vergewaltigung und Mord. Ein

Parlamentarier der Kongresspartei sieht sich mit 204

Strafverfahren

konfrontiert, darunter Mord und Raub. Gegen mindestens 232 der 542

ParlamentarierInnen sind Gerichtsprozesse anhängig. Gegen 29 der 52 gewählten

Abgeordneten der Kongresspartei laufen Verfahren, bei der BJP sind es 116 von

303. Ein BJP-Parlamentarier ist sogar wegen Terrorismus angeklagt.

Sieg der KapitalistInnenklasse

Als offiziell

bestätigt wurde, dass Modi wieder Premierminister Indiens werden sollte,

erlebte der Aktienmarkt einen rasanten, geradezu historischen Aufstieg. Die

Freude der KapitalistInnenklasse über Modis Wahlsieg zeigt, dass sie überzeugt

ist, dass sein Erfolg die Umsetzung der Politik zu ihren Gunsten beschleunigen

wird und dass weitere Angriffe gegen das Arbeitsrecht gestartet werden.

Es wird erwartet,

dass Indiens Bevölkerungszahl bis 2024 jene Chinas übersteigt. Das Land wird

voraussichtlich zur fünftgrößten Volkswirtschaft werden. Die Handelskriege und

die daraus resultierende Geopolitik in diesen Zeiten werden von der

kapitalistischen Klasse nicht nur als Herausforderung, sondern

auch Chance

betrachtet, ihre Klasseninteressen gezielt durchzusetzen.

Diese Wahlen

waren mit Abstand die teuersten in der Geschichte Indiens. Es wurden 7

Milliarden US-Dollar ausgegeben, mehr als für die Wahlen 2016 in den

Vereinigten Staaten (6,5 Milliarden US-Dollar). Ein großer Teil des bei den

Wahlen investierten Kapitals war Schwarzgeld. Bis zu 92 Prozent der Mittel, die

der Unternehmenssektor den Parteien zur Verfügung stellte, gingen allein an die

BJP, während 91 Prozent ihrer gesamten Mittel aus dem Unternehmenssektor

stammten. Dies ermöglichte es der BJP, Millionen für Propaganda in den

„sozialen Medien“ auszugeben. Die Kongresspartei hingegen konnte nicht so viel

aufwenden. All dies zeigt genau, woher das Modi-Establishment seine

Unterstützung erhält. BJP hat die Position der Kongresspartei als zentraler

Partei der Bourgeoisie abgelaufen.

Modis

Neoliberalismus

Seit der

Einführung der neoliberalen Politik in Indien Anfang der 1990er Jahre ist die

Zahl der MilliardärInnen drastisch gestiegen. Seitdem hat sich

das Vermögen dieser Gruppe vervielfacht. Alle Richtlinien des Modi-Establishments zielen darauf ab, diese Klasse zufriedenzustellen. Dies hat zu einer beschleunigten Verschärfung der Kluft zwischen Reichen und Armen in Indien geführt: 80 Prozent der Bevölkerung verfügen über ein tägliches Pro-Kopf-Einkommen von höchstens 3 US-Dollar. Modi versprach, jedes Jahr 10 bis 12 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen, aber die Arbeitslosigkeit ist derzeit auf dem höchsten Stand der letzten drei Jahrzehnte. In den letzten fünf Jahren hat sich der Reichtum von Ambani und verschiedenen anderen großen KapitalistInnen weiter vermehrt, da die Regierung große Projekte arrangierte, von denen sie profitieren konnten.

Unterdessen wurden auch menschenverachtende Programme wie die Entwertung von Banknoten aufgegriffen, um Banken und Finanzinstitute profitieren zu lassen. Durch den abrupten Einzug von 86 Prozent aller Banknoten war jeder BürgerIn gezwungen, ein Bankkonto zu eröffnen. Ziel war es, das bestehende Kapital in Banken zu vervielfachen. Infolgedessen verlor eine Reihe von Menschen ihr Leben, die unter der sengenden Sonne in der Schlange standen. Außerdem wurde ein neues Mehrwertsteuer ähnliches System eingeführt, das sich nachteilig auf die kleinen Unternehmen auswirkte und den großen KapitalistInnen

zugutekam, indem es ihre Gewinne maximierte.

Soziale Angriffe und Aggression

Während der fünfjährigen Amtszeit von Modi beschleunigte sich die neoliberale Politik und die Gewerkschaften sahen sich schweren Angriffen ausgesetzt. Der Rechtsschutz für Festanstellungen wurde aufgehoben. Schon vorher wurde einer großen Zahl von Menschen dieser Schutz vorenthalten und sie arbeiteten zu extrem niedrigen Löhnen. Außerdem wurde der Mindestlohn nicht entsprechend der steigenden Inflationsrate erhöht und auch die Arbeitszeitbegrenzung des Achtsturentags abgeschafft. Als Reaktion auf all diese Angriffe des Modi-Regimes auf die ArbeiterInnen fanden landesweit Proteste in großem Stil statt. Zu Beginn dieses Jahres organisierte die indische ArbeiterInnenklasse den größten Protest der Welt mit 200 Millionen ArbeiterInnen, die in den Streik getreten waren. Ebenso marschierte gegen Ende letzten Jahres die bäuerliche Organisation Mukti Morcha (Befreiungsfront), die politisch der Kommunistischen Partei nahesteht, in Delhi und erhielt Unterstützung von einer großen Zahl von Jugend-, Frauen- und ArbeiterInnenorganisationen.

In dieser Situation hat Modi seine Kampagne auf hinduistischen Nationalismus und Feindschaft mit Pakistan gebaut. Auf diese Weise hat er ein Bild von sich selbst als Hüter Indiens angesichts der Bedrohung durch den Feind vermittelt. Während des Wahlkampfes wurden eine Reihe von BJP-FührerInnen, darunter Modi, der BJP-Parteichef Amit Shah und verschiedene ehemalige MinisterInnen, für die Luftangriffe in Pakistans nördlicher Balakot-Region geehrt. Der Selbstmordanschlag auf paramilitärische Kräfte in der Region Pulwama in Kaschmir wurde voll ausgenutzt. Die Kriegshysterie wurde durch Modis Aussage nach dem Attentat angeheizt: „Wir werden ihre Häuser betreten und sie töten“. Modi vermittelte der indischen Öffentlichkeit die Botschaft, dass die Souveränität des Landes unter der Regierung seiner Partei in guten Händen ist. Nach dem Angriff auf Balakot stiegen die chauvinistische Demagogie und die Beliebtheitswerte von Modi in einem beispiellosen Tempo.

Hindutva

Narendra Modi ist ein knallharter hinduistischer nationalistischer Führer und fördert unverschämt die Ideologie der Hindutva. Er nahm ein Bad im heiligen Wasser des

Ganges am Zusammenfluss mit dem Yamuna und dem hindu-mythischen Strom Saraswati
anlässlich der Kumbh Mela, dem größten religiösen Fest des Hinduismus, was noch
kein Premierminister zuvor getan hat. In der letzten Woche der Wahlen
meditierte er auch in einer heiligen Höhle. Unterdessen sagte Pragma Singh
Thakur (Sadhvi Pragma), die den Wahlkreis Bhopal (der gesamte Distrikt Bhopal
und Teile des Sehore-Distrikts) auf dem Ticket der BJP gewann, dass Nathuram
Godse, der hinduistische Nationalist, der Mahatma Gandhi 1948 ermordete, ein
Patriot war. Godse füllte immer einen wichtigen Status in der Hindutva-Ideologie aus und eine Reihe von BJP-FührerInnen hat ihn zuvor
gefeiert. Pragma Singhs Aussage über Godse erhielt Beifall von Anant Kumar
Hegde, einem leitenden Minister der Regierung, und dem Parlamentsabgeordneten
Nalin Kumar Kateel.

Ebenso ist Modis
Rolle bei den Unruhen in Gujarat (Bundesstaat an der Westküste) kein Geheimnis.
Während seines Regimes stiegen die Angriffe auf MuslimInnen und andere
Minderheiten, und diese sind in den sich schnell ändernden Zeiten nicht sicher.
Es ist klar, dass Modi nicht davor zurückschreckt, seine extremistische
Hindutva-Ideologie auszudrücken, d.h. hinduistischen Chauvinismus im Gegensatz
zum Hinduismus als Religion, und dass er den Hass zum Grundstein seiner Politik

gemacht hat. Die Ideologie der Hindutva macht Muslime/a und Dalits (ehem. Kaste der Unberührbaren) für Armut und Arbeitslosigkeit verantwortlich, die in Wirklichkeit durch Wirtschaftskrisen, Ausbeutung und Korruption verursacht werden, so dass, anstatt gegen das kapitalistische System zu kämpfen, die Menschen entlang religiöser Grenzen gespalten werden. Diese Situation hat zum Untergang des indischen Säkularismus geführt und faschistische Tendenzen gewinnen an Bedeutung. Sollte sich die Wirtschaftskrise verschärfen, ist die Möglichkeit eines faschistischen Regimes in Indien nicht auszuschließen. Die BJP hat bereits halbfaschistische Merkmale, die eine große Gefahr für die indische Gesellschaft darstellen.

Medien und dynastische Politik

Ein weiterer wichtiger Grund für Modis Sieg ist die Tatsache, dass ihn fast alle großen Medienhäuser unterstützt haben. Wo die BJP auf irgendeine Art von Schwierigkeiten stieß, benutzte die Regierung alle möglichen undemokratischen Methoden, um die Medienfreiheit zu beseitigen. Einige renommierte JournalistInnen, die das Regime kritisieren wollten, wurden getötet. Auf diese

Weise entstand eine Atmosphäre der Angst, in der Modi, anstatt mit Fragen über die Ergebnisse der Regierung konfrontiert zu werden, von den Medien als einzige Person gefeiert wurde, die Indien schützen und zu einer Supermacht machen könne.

Die Kongresspartei (Indischer Nationalkongress, INC) unter der Leitung von Rahul Gandhi erlitt bei den diesjährigen Wahlen eine massive Niederlage. Während seine Popularität im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen ist, zeigt sein Abschneiden bei den Wahlen auch, dass die indische Öffentlichkeit die Idee der dynastischen Politik ablehnt. Seit der Unabhängigkeit regierte die Kongresspartei über Jahrzehnte, mit einer kurzen Ausnahme, in der einige Allianzen an die Macht kamen. Doch sie war nicht in der Lage, den Massen den guten Lebensstandard zu geben, den Jawaharlal Nehrus „Sozialismus“ versprochen hatte. Stattdessen verwandelte sich seine Herrschaft in eine groß angelegte Zunahme von Dominanz nur einer Familie. So ist es nicht verwunderlich, dass die Kongresspartei in den 1990er Jahren den Grundstein für eine neoliberale Politik legte. Es ist diese politische Linie, die Modi heute mit noch mehr Nachdruck umgesetzt hat. Das indische Volk ist sich daher der Tatsache bewusst, dass die Kongresspartei seinen Lebensstandard nicht verbessern kann. Gleichzeitig hat die Partei ihren

Status als traditionelle Vertreterin der bürgerlichen Klasse verloren.

Scheitern der Linksfront

In diesem Szenario hat die Linksfront, die von der Kommunistischen Partei Indiens geführte Allianz, die Westbengalen jahrzehntelang regierte, kein alternatives politisches und wirtschaftliches Programm angeboten. Stattdessen wurde sie zur Handlangerin der Kongresspartei. Ihre Haltung besteht darin, dass der indische Säkularismus aufgrund der steigenden Popularität der BJP gefährdet sei. Sie ignoriert jedoch die Tatsache, dass die Bilanz der Kongresspartei mit dem Säkularismus auch nicht herausragend war. Tatsächlich war es eine Verschlechterung, und darüber hinaus ist es die Kongresspartei, die den Neoliberalismus in Indien eingeführt hat. Die Haltung der Linksfront hat die Unterstützerbasis der BJP in keiner Weise beschädigt. Im Gegenteil, die BJP-Popularitätswerte stiegen weiter an.

Die indische Linke, die bei den Wahlen 2005 die dritte Kraft war, sieht sich heute auf insgesamt fünf Sitze begrenzt. Von diesen wurden mindestens

drei Sitze durch die Allianz mit der Dravidian Progressive Conference (Dravida Munnetra Kazhagam, DMK) in Tamil Nadu gewonnen (Dravidisch = nicht-indo-arische Sprache in Südindien). Bengalen, wo die KommunistInnen lange Zeit an der Macht blieben, hat sich nun in Richtung BJP verschoben. Dies ist auf die Unterstützung der KPI für kapitalistische Unternehmungen, Versuche, das Land der Bauern und Bäuerinnen zu enteignen, und Korruption zurückzuführen. Tatsächlich ist einer der erfolgreichen Kandidaten der BJP ein ehemaliger Bundesstaatsabgeordneter der Linken Front.

Bei den letzten Wahlen gewann die Linke Front in Bengalen 29,9 Prozent der Stimmen. In diesem Jahr erreichte sie nur 7,1 Prozent. Hingegen steigerte sich die BJP von nur 17 Prozent beim letzten Mal auf diesmal 40,3 Prozent. Der Hauptgrund dafür ist, dass die kommunistischen Parteien ihre soziale Basis nicht gegen die Angriffe der Trinamool Congress Party (bengalische Abspaltung vom INC, AITC) in den letzten fünf Jahren verteidigt haben. Dadurch konnte sich die BJP als Alternative präsentieren. Auch in Kerala verloren die KommunistInnen, obwohl (oder weil) die KPI an der Regierung waren.

Eine Partei der ArbeiterInnenklasse

Die

Wahlniederlage des radikalen Studentenführers Kanhaiya Kumar (Vorsitzender der Allindischen Studierendenföderation, StudentInnenorganisation der KPI) und

anderer vergleichsweise radikaler Persönlichkeiten zeigt, dass Veränderungen

nicht durch reformistische Parteien und Programme erreicht werden können. Die

jungen FührerInnen, die sich gegen die neoliberalen und faschistischen

Tendenzen der BJP stellen, müssen sich vom Reformismus lösen und auf

revolutionärer Grundlage agitieren. Sie müssen sich in der ArbeiterInnenbewegung auf der Grundlage eines revolutionären Programms

organisieren und gleichzeitig Einheitsfronten zu bestimmten Themen mit Kräften

wie der Linken Front, den Gewerkschaften und verschiedenen sozialen Bewegungen

vorschlagen, um die Wirkungen der ArbeiterInnenkämpfe zu maximieren. Eine

solche Bewegung muss völlig unabhängig vom Kongress oder anderen bürgerlichen

Parteien sein.

Revolutionäre

Kräfte sollten sich auch mit der Verteidigung der Interessen der Bauern und

Bäuerinnen und der ländlichen Armen befassen. Auf diese Weise kann das

Potential der ArbeiterInnenklasse, der Frauenbewegung und der

Jugend, die insbesondere beim Generalstreik am Beginn des Jahres sichtbar wurden, zum Kampf gegen das Modi-Regime und das kapitalistische System gebündelt werden.

EU-Wahlen 2019: Vor der nächsten Krise

Tobi Hansen, Neue Internationale 2019, Juni 2019

Wie beim parlamentarischen Schauspiel üblich freuten sich zunächst alle SpitzenkandidatInnen und Parteien über die gestiegene Wahlbeteiligung. Erstmals seit 1994 ging mit 50,97 % europaweit mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten an die Urne. Kein Wunder, denn verschiedenste gesellschaftliche Kräfte stilisierten die Europawahlen zu einer „Schicksalswahl“ – seien es die „europaskeptischen“ und rechtspopulistischen AkteurInnen, welche schon 2014 einige Erfolge feiern konnten, seien es die VertreterInnen des „Mainstreams“ um die Konservativen und Sozialdemokraten, seien es Liberale oder Grüne.

Allesamt betrachteten die Wahlen

als eine Art „Kampfabstimmung“ über die Zukunft Europas – selbst wenn sie natürlich nur diese keineswegs entscheiden. Ihr Ausgang verdeutlicht jedoch nicht nur, dass eine größere Zahl politischer Kräfte wie auch der Bevölkerung den Urnengang als eine wichtige politische Auseinandersetzung betrachteten – er brachte auch, wenn auch nur wenig überraschende, Verschiebungen des Kräfteverhältnisses in der EU bzw. in den einzelnen Staaten zum Ausdruck.

Weitere Zersplitterung des bürgerlichen Lagers

Die sogenannten „Volksparteien“, die etablierten Regierungskräfte aus Europäischer Volkspartei (EVP) und S&D (Fraktion der Progressiven Allianz der SozialdemokratInnen) haben wieder Wahlen verloren. Dies ist weder national noch europäisch eine Überraschung derzeit. Die EVP erhielt gerade noch 178 Sitze, verlor also gegenüber 2014 39, also gut 20 Prozent. Besonders dramatisch fielen die Verlust der Konservativen in Deutschland aus. Die Niederlage der Tories reiht sich darin ein, auch wenn die britischen Konservativen der EVP-Fraktion seit längerem nicht mehr angehören und deren Niederlage durch das Brexit-Desaster extrem verschärft wurde.

Auf der Ebene des EU-Parlaments haben Christ- und SozialdemokratInnen zusammen keine Mehrheit. Sie sind angewiesen auf die Unterstützung von Liberalen und/oder Grünen für die nächste Kommission. Die ehemalige „Große Koalition“ in der EU stellte die klare Wahlverliererin.

Angesichts der gleichzeitigen Stärkung der rechtspopulistischen Parteien setzt sich die Fragmentierung des bürgerlichen Lagers weiter fort. Es ist „zersplittert“. Dies zeigt auch die unterschiedliche Orientierung der bürgerlichen Kräfte in der EU auf und einen eindeutigen Verlust der Hegemonie der konservativen Parteien im bürgerlichen Lager.

Klare Verliererinnen sind auch die bürgerlichen ArbeiterInnenparteien der Sozialdemokratie und der europäischen Linkspartei. Zusammen stellen sie weniger als 200 von 751 Abgeordneten.

Die S&D-Fraktion errang nur noch 153 Mandate und verlor 32 Sitze gegenüber den vorherigen Wahlen. Die Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke stellt zukünftig 38 ParlamentarierInnen – 14 weniger als in der letzten Periode.

Gegensätze

Dieser Wahlausgang verdeutlicht die Krise der EU, des bürgerlichen Lagers wie auch der ArbeiterInnenbewegung. Was die bürgerlichen Klassen betrifft, so finden die herrschenden Kapitalfraktionen der EU-Mitgliedsstaaten immer weniger zu einer gemeinsamen Perspektive und Zielsetzung für die Union. Dies kommt auch beim Streit um den/die nächste/n KommissionschefIn zum Ausdruck. Die EVP und damit die Christliche Union schicken den CSUler Weber ins Rennen, den der französische Präsident Macron offen ablehnt. Er fürchtet zu viel „deutschen Einfluss“, zumal die Neubesetzung des EZB-Chefs durch Bundesbankchef Weidmann nur schwer verhinderbar erscheint. Diese und andere Personalfragen werden vor dem Hintergrund des Kampfes um die zukünftige Ausrichtung der EU erst verständlich – und bewegen sich daher nicht zufällig zwischen heftiger Zuspitzung und Postenschacher hinter den Kulissen. Während alle – von den Konservativen, Liberalen, Grünen bis zu den SozialdemokratInnen – nicht müde werden, sich zu „Europa zu bekennen“, so fürchtet doch jede/r, von den „PartnerInnen“ über den Tisch gezogen zu werden. Darüber hinaus darf niemand vergessen, dass gerade die größeren bürgerlichen Fraktionen eben keine „europäischen Parteien“, sondern

letztlich immer die herrschende Klasse oder eine Fraktion ebendieser aus einem europäischen Nationalstaat repräsentieren. Dementsprechend werden auch die Verhandlungen der nächsten Wochen geführt. Nur eines scheint sicher – Neoliberalismus, Rassismus nach außen und nach innen, Aufrüstung und Verschärfung der Repressionen werden auch durch die neue Kommission forciert.

Stärkung von Liberalen und Grünen

Während die Grünen speziell in Deutschland stark zulegen, die SPD überrundet und zweitstärkste Kraft wurden, konnten die Liberalen von der neuen französischen Regierungspartei La République en Marche, aber auch neue Parteien aus Osteuropa wie die tschechische Regierungspartei ANO 2011 des Populisten und Oligarchen Babis ebenso punkten. Die gestiegene Wahlbeteiligung, besonders unter Erst- und JungwählerInnen, kam dem liberalen und grünen Spektrum zu Gute. Die Fraktion der Allianz der Liberalen und DemokratInnen für Europa (ALDE) stellt nunmehr 105 Abgeordnete (gegenüber 69 in der letzten Periode), die europäischen Grünen 69 (plus 17).

Speziell ErstwählerInnen wurden über die Klimafrage und die „Fridays-for-Future“-Bewegung

mobilisiert. Dort stellen grüne Parteien und Organisationen wie auch linksbürgerliche NGOs einen entscheidenden Faktor für die Mobilisierung auf der Straße dar, was sich auch bei den Wahlen widerspiegelt. Während manches vor den Wahlen über die Einflussnahme Russlands via soziale Medien spekuliert wurde, lässt sich nun feststellen, dass vor allem die grüne Mobilisierung viele WählerInnenstimmen gebracht hat. Dadurch wurden auch Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit Schlagworte des Wahlkampfes, dort hatten sowohl Christ- als auch SozialdemokratInnen eher wenig zu bieten.

Die Rechte konsolidiert sich

Derzeit ist noch nicht klar, wie die neue gemeinsame Fraktion der RechtspopulistInnen und NationalistInnen aussehen wird. Ziel soll es sein, die drittstärkste Fraktion zu stellen. Symbolhaft für die Krise der EU lässt sich feststellen, dass bei den größten Konkurrenten zum deutschen Imperialismus, in Frankreich und Italien, die Rechten die stärkste Kraft geworden sind. Le Pen konnte auch mit dem umbenannten RN (Rassemblement National – Nationale Sammlungsbewegung) das Ergebnis von 2014 wiederholen und liegt einen Prozentpunkt vor der Macron

Partei La République en Marche (23 % zu 22 %), wie auch die italienische Lega jetzt führende Kraft der europäischen Rechten ist. Mit Innenminister Salvini als Spitzenkandidat holte sie 33 % und ließ den Koalitionspartner Fünf Sterne mit 16 % klar hinter sich. Dies bestätigt auch den Trend der letzten Regionalwahlen. In der bisherigen ENF-Fraktion (Europa der Nationen und der Freiheit) sind die AfD und die FPÖ bislang sichere Partnerinnen. Wer dazu kommen soll, gilt als unsicher.

Einheitliche Rechte?

Inwieweit sich die SchwedendemokratInnen, die polnische Regierungspartei PiS, die „Brexit Party“ von Farage oder verschiedene flämische NationalistInnen (Nieuw-Vlaamse Alliantie und Vlaams Belang), neue spanische FranquistInnen (Vox) einfangen lassen, ist fraglich.

Mit Salvini versucht sich auch der ehemalige US-Präsidentschaftsberater Bannon als Strippenzieher im EU-Parlament zu beweisen. Der ehemalige „Breitbart-News“-Chef gründete eine Stiftung in Brüssel und eine Akademie in Rom. Ziel ist es, möglichst viele Parteien aus den Fraktionen der EKR (Europäische Konservative und

ReformerInnen) und der EFDD (Europa der Freiheit und der direkten Demokratie) zur ENF hinüberzuziehen.

Realistisch scheint eine „neue“ ENF-Fraktion, welche die Grünen und die Liberalen (ALDE) hinter sich lässt. Damit hätte sich über die Wahlen 2014 und 2019 eine neue rechtspopulistische Fraktion etabliert. Das soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die RassistInnen und NationalistInnen durch innere Gegensätze zerrissen sind – sei es bei der Finanzpolitik wie auch bei dem Verhältnis zu Russland, was speziell für osteuropäische Parteien einen Knackpunkt darstellt.

Die bürgerlichen ArbeiterInnenparteien

Auf der Iberischen Halbinsel erschien die Farbe Rot auf der Wahlkarte. Gemeinsam mit den Niederlanden waren Portugal und Spanien die einzigen Staaten, in denen die etablierte Sozialdemokratie Siege einfahren konnte, zum Teil auch auf Kosten dortiger Linksparteien wie Podemos. In Portugal vermochten auch der Linksblock und die KP zuzulegen.

Auf der Pyrenäenhalbinsel konnte

sich die Sozialdemokratie als soziale Kraft für die EU und als soziale, demokratische und fortschrittliche Alternative zu den Rechten präsentieren und im Gegensatz zu fast allen anderen Staaten Hoffnungen der ArbeiterInnenklasse auf sich ziehen. Jetzt kann sie noch als „Zünglein an der Waage“ auftreten, mit den iberischen Regierungschefs ein gutes Ergebnis für die Kommission aushandeln. Zu mehr wird es nicht reichen.

Verloren hat nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die europäische Linkspartei. Sie verlor 10 Sitze, speziell aufgrund der Verluste der deutschen Linkspartei und von Podemos. Doch auch die geschwächte Fraktion vermag keine gemeinsame europäische Strategie zu formulieren. Zwischen einer nationalstaatlich orientierten Ablehnung der EU wie bei FI (La France insoumise), welche auch von Podemos, der schwedischen Linkspartei und vom portugiesischen Linksblock mitgetragen wird, und Reformhoffnungen wie sie z. B. von Syriza und der Linkspartei in die EU transportiert werden, war und ist die europäische Linkspartei nicht in der Lage, eine antikapitalistische Alternative zur EU zu vertreten, geschweige denn dafür zu mobilisieren.

Zusammen mit den europäischen Gewerkschaften waren diese reformistischen Kräfte nicht in der Lage, auch nur zu einer ihrer Forderungen zu mobilisieren oder gar sichtbar

zu werden. Die

Demonstrationen unter dem Motto „Ein Europa für Alle – Deine Stimme gegen

Nationalismus!“ wurden eben nicht durch Forderungen und Aktionen der ArbeiterInnenbewegung

begleitet bzw. aufgewertet, sondern hier wurde das Feld vielerorts NGOs wie den Grünen überlassen.

Große Teil der ArbeiterInnenklasse

haben sich von „ihren“ Parteien abgewandt und werden von diesen Mobilisierungen

mitgerissen. Sei es durch die rechtspopulistische und nationalistische Rhetorik

gegen die EU oder durch die linksliberalen und grünen Versprechungen in die

Reformierbarkeit der EU wie auch die ökologische Frage. Das Versagen der

Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und der Linksparteien führt dazu, dass

sich auch jener Teil der Lohnabhängigen und der Jugend, die Nationalismus und

Rechtsruck entgegentreten, den Grünen und anderen linksbürgerlichen Kräften

zuwenden.

Was tun?

Für eine radikale,

antikapitalistische und/oder sozialistische Linke ist dies eine immense

Herausforderung. Wir müssen eine klare klassenkämpferische Alternative zu

dieser EU präsentieren, dürfen weder den populistischen wie reformistischen Illusionen hinterherlaufen, sondern brauchen eine Orientierung auf europäischen Klassenkampf.

Wenn „wir“ real Rechtsruck, Austerität, Neoliberalismus dieser EU die Stirn bieten wollen, dann brauchen wir eine Perspektive für ein sozialistisches Europa und müssen mit den reformistischen und populistischen AkteurInnen brechen. Dies ist die Aufgabe, unabhängig von den Wahlergebnissen. Um eine solche revolutionäre Alternative aufzubauen, braucht es freilich nicht nur Kampf und Bewegung – es bedarf vor allem eines Aktionsprogramms, um die Lohnabhängigen europaweit zu mobilisieren.

Anhang: Krise der Großen Koalition setzt sich fort

In Deutschland haben die Grünen mit 20,5 % die SPD deutlich auf Platz 3 verwiesen (15,5 %) und damit die nächste Krise der GroKo losgetreten. Während sich die Union noch über Platz 1 freuen darf und bei den Wahlen in Bremen die SPD als stärkste Partei ablösen könnte, werden in der Sozialdemokratie wiederum Personaldebatten geführt. Partei- und Fraktionsvorsitzende Nahles stellt die

Vertrauensfrage in der Fraktion. Dies kann die geschwächte SPD in ihre nächste existenzielle Krise stürzen und somit auch die GroKo erneut gefährden.

Dass die CDU-Vorsitzende „AKK“ gleichzeitig eine Zensurdebatte aufgrund eines Youtube-Videos losstößt, zeigt den krisenhaften Moment dieser Koalition auf.

Dass die Linkspartei viele ihrer Stimmen an die Satire-Partei „Die Partei“ verloren hat, ist schon nicht mehr lustig, sondern zeigt, dass diese „Partei“ teilweise sehr deutlich und provokant sich für die Seenotrettung eingesetzt hat, während die Linkspartei das Thema Antirassismus und Migration eher beiseitelegte.

Die AfD hat deutlich weniger zugelegt als selbst erhofft (von 7 auf 10 %), dafür allerdings in Brandenburg und Sachsen die Wahl vor der Union gewonnen. Dies sind die Vorzeichen für die Landtagswahlen im Herbst in diesen beiden Ländern und Thüringen.

Südafrika: ANC bleibt an der Macht, aber unter Druck von links

Jeremy Dewar, Neue Internationale 238, Juni 2019

Am Ende war es ein komfortabler Wahlsieg für den ANC (Afrikanischer Nationalkongress) von Präsident Cyril Ramaphosa und seinen Verbündeten, der Gewerkschaftsföderation COSATU und der Kommunistischen Partei Südafrikas (SACP). Mit 57,5 Prozent der Stimmen bei einer historisch niedrigen Wahlbeteiligung von 66 Prozent hielten sie den Trend gegen sich auf unter 5 Prozent und behielten eine absolute Mehrheit im Parlament.

Dies ist jedoch mehr der Unterstützung zu verdanken, die der ANC erhält, weil er den Anti-Apartheidkampf geführt hatte, als der Begeisterung für die Regierungsgeschichte der Partei in den letzten 25 Jahren. Der ANC profitierte auch von der Uneinigkeit sowohl in der neoliberalen Oppositionspartei, der Demokratischen Allianz, als auch innerhalb der ArbeiterInnenbewegung.

Was können wir erwarten?

Ramaphosa

startete seine Kampagne mit einer Rede in Durban, in der er die MigrantInnen aus den Nachbarländern zum Sündenbock machte und versprach, gegen ArbeiterInnen ohne Papiere vorzugehen. Zwei Monate später töteten RandaliererInnen drei MigrantInnen und griffen ausländisch geführte Unternehmen in der blutigsten Gewalt seit vier Jahren an. Bereits 2012 hetzte er gegen die streikenden Bergleute in Marikana. Am nächsten Tag mähte die Polizei 34 unbewaffnete Streikposten nieder.

In einem Land, in dem die Arbeitslosigkeit bei 35 Prozent liegt, d. h. 9 Millionen von geringen oder gar keinen staatlichen Leistungen leben müssen, entschied sich der ANC für eine Kampagne zur Schaffung von 275.000 Arbeitsplätzen pro Jahr, obwohl selbst diese unzureichende Maßnahme darauf abzielt, 1,2 Billionen Rand (73 Milliarden Euro) private Investitionen anzuziehen, was angesichts der stagnierenden südafrikanischen Wirtschaft illusorisch ist.

Südafrika ist

das ungleichste Land der Welt. 65 Prozent der Bevölkerung

leben unterhalb der
„oberen Armutsgrenze“ von 3,33 US-Dollar pro Stunde.

Präsident

Ramaphosa, den das „Forbes“-Magazin in der Millionärsrangliste mit einem

Vermögen von 450 Millionen einschätzt, kümmert dies wenig. Der abtrünnige

Gewerkschaftsverband SAFTU startete im vergangenen Jahr einen Generalstreik

gegen den erbärmlichen Mindestlohn von 0,75-1,33 Dollar pro Stunde, den COSATU

jedoch pflichtbewusst begrüßte.

Südafrika hält

jedoch auch einen anderen, mehr Hoffnung verheißenden Rekord: Gemäß

Weltwirtschaftsforum waren seine GewerkschafterInnen die konfrontativsten in

den letzten 7 Jahren. Und sie stehen im Fadenkreuz des ANC. Weitere Angriffe

infolge der im letzten Jahr verabschiedeten Antigewerkschaftsgesetze, die

obligatorische Briefwahlen vor einem legalen Streik einführen, sind

wahrscheinlich.

Das

Landreformprogramm klingt vielversprechender. Der ANC verspricht, die

Verfassung zu ändern, damit den reichen weißen FarmerInnen Land entzogen werden

kann. Aber er droht auch damit, gegen illegale BesetzerInnen und die

Beschlagnahmungen von Eigentum durch die Landlosenbewegung vorzugehen.

Ebenso verhält

es sich mit dem Anti-Korruptionsprogramm von Ramaphosa: Die Zondo-Untersuchungskommission zum „Raub“ am Staat durch Kumpane des

Ex-Präsidenten Jacob Zuma, die Brüder Gupta, wurde von der ANC-Regierung

ernannt. Das Vertrauen, dass sie viele vor Gericht bringen wird, ist nur

gering, da die Zuma-AnhängerInnen weiterhin stark in der Partei sind.

Opposition und die EFF

Trotz all dieser

Misslichkeiten konnten die Demokratische Allianz (DA) und die EFF (KämpferInnen

für Ökonomische Freiheit) zwar punkten, aber den Vorsprung des ANC bei den

Umfragen nicht wettmachen.

Tatsächlich

verlor die DA fünf Sitze, nachdem ihre Kapstädter Bürgermeisterin und ihr

Stellvertreter zum ANC übergelaufen waren, und als Folge des unbeliebten

Sparprogramms, das sie in den von ihr geführten Gemeinden, viele in Koalition

mit der EFF, entfesselte.

Die EFF hingegen erwies sich mit 1,9 Millionen Stimmen und 19 neuen Sitzen als echte Wahlsiegerin und erhöhte ihre Gesamtzahl an Abgeordneten auf 44 (DA 84, ANC 230). Das EFF-Manifest konnte auf ihre Unterstützung für wichtige soziale Bewegungen hinweisen einschließlich wichtiger Reformen in der Landfrage und bei Studiengebühren, die sie dem ANC neben einer Vielzahl von kleineren Verbesserungen abgetrotzt hat.

Das Manifest der EFF heißt „Unser Land und unsere Arbeitsplätze JETZT!“ Sein Umfang beträgt 168 Seiten und trägt den Untertitel „Ein Volksmanifest und Aktionsplan“. Es enthält jedoch grundlegende Fehler und stellt ein völlig reformistisches Programm dar, das trotz der Forderungen nach einer Verstaatlichung der Nationalbank und der Minen weder als konsequent antikapitalistisch noch antiimperialistisch bezeichnet werden kann.

Besorgniserregend ist, dass fast kein Bezug zu den Gewerkschaften, den sozialen Bewegungen in den armen Vororten (Townships), der Landlosenbewegung oder der Solidarität mit MigrantInnen hergestellt wird. Das Manifest appelliert an „Gaben von oben“ und versteht sich keinesfalls als Aktionsprogramm zum Kampf.

Studentische

Reformen und die Studierendenbewegung werden zwar kontrastreich und ausführlich erwähnt. Aber die bisherige Praxis der EFF zeigt, dass sie sich von breiteren sozialen Bewegungen fernhält, die sie nicht kontrollieren oder zumindest beeinflussen kann.

Methode der EFF

Die wichtige

Frage der Landumverteilung unterstreicht die autoritäre Methodik der EFF.

Obwohl das Land ohne Entschädigung verstaatlicht, kostenlos verteilt und Frauen

und Jugendlichen die Hälfte des Landes zur Verfügung gestellt werden soll,

werden die Rechte der „illegalen“ LandbesetzerInnen nicht erwähnt und die EFF

schweigt zur Frage der Landnahme, die derzeit grausam unterdrückt wird.

Tatsächlich verspricht die Partei, die mörderische Polizei massiv zu

verstärken.

Stattdessen soll

ein „Volksbodenrat“ das Land neu verteilen, und eine EFF verspricht, dass sie

an der Regierung „die Rechte der traditionellen FührerInnen bei der Zuweisung

und Umverteilung von Land nicht abschaffen wird“.

Wiederum werden
eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns und Millionen neuer
Arbeitsplätze
zugesagt. Aber sie haben einen hohen Preis – für die Armen.
Für die reichen
Sonderwirtschaftszonen, einschließlich aller wichtigen
Townships, soll es keine
Besteuerung geben, solange sie 2.000 neue Arbeitsplätze
schaffen.
Gewerkschaftsrechte werden in den Sonderwirtschaftszonen
notorisch aufgegeben.

Vor allem die
BRIC-Länder (Brasilien, Russland, Indien, China) werden
gezielt angesprochen,
sich auf Binneninvestitionen zu beschränken, während Südafrika
bestrebt ist,
den afrikanischen Markt für sich zu erschließen. Der Anführer
der EFF, Julius
Malema ist ein Türöffner für OligarchInnen und chinesische
Mega-Konzerne.

Die EFF koppelt
dies mit dem „Schutz und der Lokalisierung von Industrien, die
Grund- und
Gebrauchsgüter durch Importsubstitution herstellen“, von
Löffeln und Seife über
Glühbirnen bis hin zu verarbeiteten Lebensmitteln. Dies mag
einige
Arbeitsplätze auf Kosten der südafrikanischen NachbarInnen
retten, aber es wird
die chinesische Stahlindustrie nicht ausbremsen.

Es sind

demokratische „Reformen“ vorgesehen, die den Staat zentralisieren sollen, indem die Provinzregierung abgeschafft und die Kommunalverwaltungen direkt gegenüber der Regierung verantwortlich gemacht werden. In den internationalen Beziehungen würde die EFF Südafrika auf Russland und China ausrichten, was als Modell für die Zukunft gilt.

Wo war die SWRP?

Die größte Enttäuschung bei den Wahlen war das katastrophal schlechte Abschneiden der Socialist Revolutionary Workers Party (SWPR). Trotz der Unterstützung durch die MetallarbeiterInnengewerkschaft NUMSA erhielt sie jedoch nur 24.439 Stimmen und dies bei einer NUMSA-Mitgliedsstärke von 339.000.

Die neue Partei wurde erst am 4.-8. April 2019 ins Leben gerufen, obwohl sie schon 2014 angekündigt worden war. Gleichzeitig wurden NUMSA und der COSATU-Generalsekretär Zwelinzima Vavi aus COSATU ausgeschlossen. Die militante MetallarbeiterInnengewerkschaft forderte damals „eine Bewegung für den Sozialismus, da die ArbeiterInnenklasse eine politische Organisation braucht, die sich in ihrer Politik und ihren Aktionen für die Errichtung eines

sozialistischen Südafrikas einsetzt“.

Aber eine solche Bewegung wurde nie aufgebaut. Vavi, der jetzt den neuen Gewerkschaftsbund SAFTU leitet, zu dem NUMSA gehört, sagte am 1. Mai dem Sender SABC News, dass SAFTU noch nicht über die neue Partei gesprochen habe und NUMSAs Unterstützung „bedeutet nicht, dass SAFTU daher plötzlich die SRWP ohne interne Diskussion unterstützt“.

Die CWI-Sektion WASP (Schwesterorganisation der SAV) kritisierte auch die SRWP für ihren Rückzug aus dem ArbeiterInnengipfel, den NUMSA selbst erst im Juli letzten Jahres einberief, die Besetzung von Führungspositionen durch NUMSA-AnhängerInnen und die mangelnde Transparenz darüber, woher das gesamte Geld für den Start kam.

Das Manifest der Partei „Gleichheit, Arbeit, Land“ scheut sich nicht, revolutionär klingende Erklärungen abzugeben. In der Präambel des Programms heißt es, dass die Partei, „geleitet vom Marxismus-Leninismus“, darauf abzielt, die ArbeiterInnenklasse „in ihrer historischen Mission, Imperialismus und Kapitalismus zu besiegen und den Sozialismus in Südafrika, Afrika und auf der ganze Welt zu etablieren als

Auftakt für den Vormarsch zu einer wirklich freien und klassenlosen Gesellschaft: zu einem kommunistischen Südafrika, Afrika und der kommunistischen Welt“ anzuleiten.

Weiter heißt es:

„Die SRWP wird alle strategischen Industrien verstaatlichen, insbesondere die Bergwerke, das Land und kommerzielle Farmen, die Banken, die großen Fabriken und die Großunternehmen (...) und alle verstaatlichten Industrien in einen demokratischen sozialistischen Produktionsplan für die menschlichen Bedürfnisse und nicht für Profit integrieren.“

Aber die Vorlage eines knappen und in etlichen Punkten auch verkürzten marxistischen Programms, bevor es einen ernsthaften Versuch gab, die militanten Gewerkschaften dafür zu gewinnen, war ein großer Fehler. Eine viel bessere Methode wäre der Kampf um die Gewinnung der Massenorganisationen an den Arbeitsplätzen und in den Gemeinschaften, um eine ArbeiterInnenpartei zu bilden, wie es Leo Trotzki in seinen Schriften an seine AnhängerInnen in den USA dargelegt hat. Bei der Gründung der SRWP gab es keine vorherige Diskussion, kein Engagement anderer Kräfte oder von GewerkschaftsführerInnen. Dadurch sieht die Partei wie eine Totgeburt aus.

Welche Partei?

Die

Basismitglieder von NUMSA müssen zusammen mit den TeilnehmerInnen des ArbeiterInnengipfels und anderen radikalen Kräften der ArbeiterInnenklasse wie der Bergleutegewerkschaft AMCU die Notwendigkeit der politischen Einheit in einem Kampfprogramm diskutieren. Es darf kein parlamentarischer „Aktionsplan“ wie der der EFF-Führung sein, der in Koalitionsgesprächen mit dem Klassenfeind als Verhandlungsgrundlage dienen soll. Wir brauchen keinen ANC 2.0.

Darüber hinaus

kann keine neue Partei die jungen ArbeiterInnen und StudentInnen der EFF umgehen, die zweifellos derzeit ein wichtiger Teil der Vorhut der Klasse sind.

Wenn RevolutionärInnen Wege finden können, mit ihnen zu kämpfen, ihre

FührerInnen auf die Probe zu stellen und die Mitglieder für den revolutionären

Marxismus und das Programm der permanenten Revolution zu gewinnen, dann kann

eine neue ArbeiterInnenpartei in Südafrika entstehen.

Nach dem Wahlsieg Netanjahus: Nächste Stufe der Eskalation

Andy York, Neue Internationale 237, Mai 2019

Nach den Wahlen am 9. April kann der rechtsgerichtete israelische Ministerpräsident Benjamin „Bibi“ Netanjahu für eine fünfte Amtszeit planen. Sein Wahlkampf rückte die israelische Politik noch weiter nach rechts – vor allem mit der Drohung, die israelischen Siedlungen im Westjordanland zu annektieren und so das von der Palästinensischen Autonomiebehörde formell kontrollierte Gebiet weiter zu reduzieren. Schon zuvor hatte US-Präsident Trump die Einverleibung der Golanhöhen anerkannt.

Wie im Jahr 2015 nutzten AktivistInnen der Likud-Partei die sozialen Medien, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen, indem sie rassistische Paranoia über israelische arabische WählerInnen schürten. Eine PR-Firma, die mit Likud zusammenarbeitet, platzierte sogar 1.200 Kameras in Wahllokalen, um palästinensische WählerInnen einzuschüchtern, vorgeblich um einen „arabischen Wahlbetrug“ zu verhindern. Der Sieg Netanjahus, der mittlerweile der längste amtierende israelische Premierminister aller Zeiten

ist, signalisiert die Konsolidierung der israelischen Politik im rechtsnationalistischen, ultrarassistischen Sinn und weitere administrative und militärische Angriffe auf das palästinensische Volk und seine nationalen Rechte.

Dass Netanjahu es nur knapp geschafft hat, die Opposition, die neu gegründete „Blau-und-Weiß“-Allianz (Zusammenschluss der Parteien „Widerstandskraft für Israel“ von Benny Gantz und „Es gibt eine Zukunft“ von Yair Lapid), zu schlagen, mag naiven BeobachterInnen etwas Hoffnung geben – aber dies ist eine trügerische. Das Wahlergebnis wurde zunächst als Unentschieden gewertet, mit je 35 Sitzen für Likud und „Blau und Weiß“, aber Netanjahu erzielte 15.000 zusätzliche Stimmen (weniger als ein Prozent der Wähler) und einen weiteren 36. Sitz. Zusätzlich verfügt der rechte Block mit dem Likud im Zentrum über insgesamt 66 in der 120 Abgeordnete umfassenden Knesset, eine komfortable Mehrheit. Fügt man „Blau und Weiß“ hinzu, so ist Israels Parlament damit überwiegend rechtsnationalistisch zusammengesetzt.

Während Netanjahu vorgab, dass die Wahl vorgezogen werden müsse (sie war ursprünglich im November 2019 fällig), weil seine Regierung wegen der Frage des Militärdienstes für Ultraorthodoxe in eine

Sackgasse geraten war, bildete den eigentlichen Grund für die Vorziehung eine drohende Anklage der israelischen Staatsanwaltschaft in drei Fällen von strafbarer Korruption. Vor der Wahl hatte er dies als „Hexenjagd“ verurteilt und behauptet, er würde nicht als Premierminister zurücktreten, selbst wenn die Anklage gegen ihn erhoben würde. Die israelischen WählerInnen, denen die Wahlabstimmung als Referendum über Netanjahu präsentiert wurde, haben „König Bibi“ verteidigt.

Neue Normalität

Die verschiedenen Aspekte dieser Wahl zeigen, wie sehr sich die rechtsgerichtete, gewaltsam chauvinistische politische Ausrichtung der israelischen Politik in den letzten zehn Jahren zur „Normalität“ entwickelt hat.

Die einst mächtige Arbeitspartei (haAwoda: „Die Arbeit“), Bollwerk des israelischen Staates im zwanzigsten Jahrhundert, erlebte ein Schrumpfen ihres Wähleranteils auf ein Allzeittief von sechs Mandaten (von 120 Sitzen). Sie verlor gegenüber 2015 14,24 Prozent der Stimmen und liegt nun bei 4,43 Prozent. BeobachterInnen stellten ihre Zukunft als Partei in Frage. Zu Recht – ihr neuer Führer Avraham „Avi“

Gabbay, ein ehemaliger Telekom-Chef und von Mai 2015 bis Mai 2016 Umweltminister in der letzten Netanjahu-Regierung, versuchte es mit offenen Appellen an den israelischen Chauvinismus und behauptete, dass „die Linke vergessen hat, was es heißt, jüdisch zu sein“. Er versprach, den Großteil der israelischen Siedlungen im Westjordanland in jedem Friedensabkommen und einem israelischen Referendum über den künftigen Status des palästinensischen Ostjerusalems im Bestand zu sichern. Avraham Daniel „Avi“ Nissenkorn, bis März 2019 Generalsekretär der israelischen Gewerkschaftsföderation Histadrut, ging – einmalig in der israelischen Geschichte – von Bord der Arbeitspartei, um sich „Blau und Weiß“ anzuschließen. Einschließlich der linksliberalen Parteien Meretz („Stärke“) und der zusammengebrochenen Hatnuah („Die Bewegung“) , der Blockpartnerinnen von haAwoda im Jahr 2015, fiel Israels sogenannte „zionistische Linke“ von 31 auf zehn Sitze.

Die gemeinsame Liste der israelischen Kommunistischen Partei und des arabisch-israelischen Ta'al („Arabische Bewegung für Erneuerung“) gewann sechs Sitze und zog damit mit der Arbeitspartei gleich. Insgesamt verloren die arabischen Parteien jedoch drei Sitze, da sich ihre WählerInnen fernhielten und deren Wahlbeteiligung auf 49 % sank. In einigen

Fällen mag dies daran gelegen haben, dass junge AktivistInnen aufgrund des neuen Nationalstaatsgesetzes für einen Boykott kämpften. Aber auch die PR-Firma Kaizler Inbar, die wie gesagt Kameras in Wahllokalen einsetzte, prahlte: „Dank unserer Beobachter in jedem Wahllokal konnten wir die Wahlbeteiligung der AraberInnen auf unter 50 Prozent senken, die niedrigste der letzten Jahre!“ Dank ihrer „tiefen und engen Partnerschaft mit den besten Menschen im Likud haben wir eine Operation ins Leben gerufen, die entscheidend zu einer der wichtigsten Errungenschaften des rechten Blocks beigetragen hat“.

Trotz eines Last-Minute-Wahlkampfes der arabischen Parteien in den Moscheen ist das Gefühl der Sinnlosigkeit zweifellos unbestritten. Jegliche Zusammenarbeit mit palästinensischen Parteien wird in der gegenwärtigen Mainstream-Politik in Israel sowieso als „Hochverrat“ gebrandmarkt. Etwa ein Fünftel der israelischen Bevölkerung wird so systematisch aus der „einzigen Demokratie“ der Region ausgegrenzt. Die linksliberale Zeitung „Haaretz“ warnte angesichts des Auftritts der Rechtsparteien sogar davor, dass dies die letzte Wahl gewesen sein könnte, an der nicht-jüdische Parteien überhaupt teilnehmen konnten.

Und es ist daher wichtig, sich vor

Augen zu halten, was „Mitte-Rechts“ im politischen Spektrum des zionistischen Staates bedeutet, der eine offen annektionistische Politik betreibt. Die „Mitte-Rechts“-Partei „Blau und Weiß“ wurde von der neuen Partei „Israelische Widerstandskraft“ angeführt, die vom ehemaligen Stabschef der Armee (IDF) Benny Gantz im Dezember 2018 gegründet wurde. Sie wird prominent vertreten durch drei ehemalige Stabschefs und Minister aus früheren Netanjahu-Regierungen, darunter den ehemaligen Verteidigungsminister Mosche „Bogie“ Jaalon an der Spitze der Telem-Partei („National-Staatsmännische Bewegung“) . Laut BBC wetteiferten die „Blau und Weiß“-FührerInnen untereinander, wer für die meisten Tötungen palästinensischer Militanter verantwortlich gewesen sei. Sie betonten Gantz' Rolle bei der Invasion 2014 in Gaza inklusive der Bombardierungen, bei denen 2.251 PalästinenserInnen, zumeist ZivilistInnen, getötet und Schäden im Wert des dreifachen BIP von Gaza hinterlassen wurden. Gantz versprach in seiner Kampagne, „die Siedlungsblöcke und die Golanhöhen zu stärken, aus denen wir uns nie zurückziehen werden“ und ein vereintes Jerusalem als Hauptstadt Israels zu erhalten (nachdem Trump es 2017 als solche anerkannt hatte).

Netanjahus 2018 verabschiedetes neues Grundgesetz legt fest – was eigentlich immer schon Realität in Israel war -, dass es allein der Staat seiner jüdischen Bevölkerung ist.

Dies macht seinen Charakter als Apartheid-Staat immer deutlicher – was bei Teilen der israelischen Gesellschaft auch zu einem gewissen Unbehagen geführt hat. Dem kam Gantz mit dem Versprechen von „Nachbesserungen“ dieses Gesetzes nach, während er gleichzeitig die Siedlerbewegung legitimiert und das Arabische als Amtssprache fallen lässt.

Viele der zionistischen Liberalen analysieren, dass Gantz' Hinterhertrotten hinter Netanjahu bedeutete, dass die Menschen sich entschieden haben, für das Original zu stimmen. Grundsätzlich hatten die vermeintlichen Alternativen – Gantz oder Arbeitspartei – bereits viele der Positionen, die Netanjahu mit Trumps Unterstützung auf Kosten der PalästinenserInnen eingenommen hat, übernommen. Die Ankündigung, dass „Blau und Weiß“ in der Knesset vereint bleiben werde, um (in Gantz' Worten) „Netanjahus Leben zur Hölle zu machen“, stellt allenfalls eine verbale Drohgebärde einer schwachen, patriotischen und korrupten Opposition dar, die tatsächlich nur „demokratische“ Begleitmusik zur nationalistischen Kakophonie hervorbringen wird.

Dazu kommt, dass sich die Rechtskoalition von Netanjahu durch Verschiebungen im ultra-nationalistischen Bereich auf noch

extremere Rechtsparteien stützen wird müssen. Die „Union der Rechtsparteien“, nunmehr eine wichtige Koalitionspartnerin, umfasst auch die „Vereinigte Nationalpartei“ des Bezael Joel Smotrich, der Frieden in Palästina nur für möglich hält, wenn es alle Nicht-Juden/-Jüdinnen „verlassen“ haben. Mit solchen Regierungsbestandteilen ist eine weitere Eskalation der Unterdrückung, Entrechtung und Vertreibung von PalästinenserInnen vorprogrammiert. Eine nächste Regierung Netanjahu und auch die zionistische „Opposition“ wollen keine „Verhandlungslösung“, sondern Kapitulation seitens der PalästinenserInnen.

Totengräber der Zweistaatenlösung

Während von den Regierungen und der „Demokratie“ des imperialistischen Europa weiter die Zweistaatenlösung beschworen wird, hat sie sich in den letzten Jahren als politische Fiktion entpuppt, die durch die Politik des Zionismus selbst als solche entlarvt wird. Das zeigte sich auch im Wahlkampf. Zwei Wochen vor dem Urnengang behauptete die israelische Zeitung „Haaretz“, dass nur noch drei wahlwerbende Parteien sie offen unterstützten, die in Umfragen noch 34 % der Israelis repräsentierten, während bereits 42 % die Annexion der Siedlungen oder des gesamten (!)

Westjordanlandes befürworteten.

Israel begann den Prozess der Besiedlung nach dem Krieg von 1967, in dem Ost-Jerusalem, das Westjordanland und der Gazastreifen erobert wurden, eine Politik der Kolonisierung, die eine zukünftige Annexion bedeutete. Der Prozess, die Besatzung dauerhaft zu machen, ist der logische Endpunkt des zionistischen Projekts und war von Anfang an im Gang. Der Alltag von Besatzung und Militärrecht, der schleichenden Vertreibung durch SiedlerInnen und der Gesetze zu deren Legalisierung oder Diskriminierung der PalästinenserInnen läuft weitgehend ohne Protest der „Weltöffentlichkeit“ ab, bleibt für die „Menschen im Westen“ eine verdrängte Realität. Netanjahu strebt den nächsten Schritt an, indem er die Siedlungen annektiert und weiterhin das gesamte Gebiet des Westjordanlandes „kontrolliert“: „Drei Dinge habe ich ihnen gesagt: Erstens, ich vertreibe keinen Juden aus dem Westjordanland, keine Gemeinschaft. Es wird keine Siedler oder Siedlungen geben, die entfernt werden. Der zweite Punkt ist, dass wir Jerusalem nicht teilen werden. Der dritte Punkt ist, dass wir weiterhin das gesamte Gebiet westlich des Jordans kontrollieren werden.“

Er gratulierte Trump zu seinem Schritt, der Israels Annexion von Golan anerkennt, und legte

Begründungen vor, die ebenso leicht auf das Westjordanland angewendet werden können: „Israel gewann die Golanhöhen in einem gerechten Krieg der Selbstverteidigung und die Wurzeln des jüdischen Volkes im Golan reichen Tausende von Jahren zurück.“

US-Außenminister Michael Richard „Mike“ Pompeo sagte, er habe keine Bedenken gegen Netanjahus Pläne und deutete an, dass der bevorstehende Friedensplan, der von der Trump-Administration unter Chefberater Jared Kushner entwickelt werde, von der Zweistaatenlösung Abschied nehmen würde: „Ich denke, dass die Vision, die wir darlegen werden, eine signifikante Veränderung gegenüber dem verwendeten Modell darstellen wird.“

Die Zweistaatenlösung, die unter den gegebenen Kräfteverhältnissen, der „Aufteilung“ des Landes und der vielen ungelösten Probleme (palästinensische Flüchtlinge, Jerusalemfrage, Zerstückelung der arabischen Gebiete und Durchsetzung mit Siedlungen,...) nur eine reaktionäre Scheinlösung sein konnte, wurde unter Netanjahus langer Herrschaft immer tiefer begraben. Die Realität der Einstaatenlösung – der israelische Staat – existiert bereits. Der Kampf muss darin bestehen, die Herrschaft der israelischen, zionistischen herrschenden Klasse zu zerbrechen

und zu stürzen, das Recht der PalästinenserInnen auf Rückkehr und Selbstbestimmung zu erkämpfen und einen einheitlichen säkularen, multi-ethnischen Staat zu errichten. Dies wird nur möglich sein, wenn der reaktionäre Nationalismus, Zionismus und Imperialismus, die heute in der Region dominieren, durch internationalistischen Sozialismus überwunden werden.